Jahresbericht 2004

Kontakt:
Deutsche Stiftung Friedensforschung DSF
Am Ledenhof 3-5
49074 Osnabrück
Fon 0541-600 35 42
Fax 0541-600 790 39
info@bundesstiftung-friedensforschung.de
www.bundesstiftung-friedensforschung.de

© 2005 Deutsche Stiftung Friedensforschung
Gestaltung, Satz und Herstellung: Tammen GmbH, Osnabrück und DSF
Druck: Günter-Druck GmbH, Georgsmarienhütte
Alle Rechte vorbehalten.
Printed in Germany 2005

Spendenkonto der Deutschen Stiftung Friedensforschung:
Sparkasse Osnabrück, Konto 1230, BLZ 265 501 05

Inhalt

		Seite
I.	**Vorwort**	**4**
II.	**Die Fördertätigkeit der Stiftung**	**6**
	1. Die Förderung von Forschungsprojekten	**7**
	1.1. Förderung größerer Forschungsprojekte	**7**
	1.2. Förderung von Kleinprojekten	**11**
	2. Struktur- und Nachwuchsförderung	**17**
	2.1. Carl Friedrich von Weizsäcker Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“	**17**
	2.2. Promotionsförderung mit Betreuungssystem	**18**
	2.3. Postgradualer Masterstudiengang „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“	**19**
	2.4. Sozial- und geisteswissenschaftliche Studiengänge Friedens- und Konfliktforschung	**19**
III.	**Transferaktivitäten und Veranstaltungen**	**23**
	1. Fachgespräche	**23**
	2. Parlamentarischer Abend	**25**
	3. Interdisziplinäre Forschungsworkshops	**28**
	4. Vernetzung der Stiftung in Wissenschaft und Öffentlichkeit	**28**
IV.	**Aufgaben und Struktur der Stiftung**	**31**
	1. Stiftungsrat	**31**
	2. Wissenschaftlicher Beirat	**33**
	3. Die Geschäftsstelle der Stiftung in Osnabrück	**36**
V.	**Finanz- und Wirtschaftsbericht**	**38**
VI.	**Anhang**	**43**
	A. Zusammenfassende Darstellungen der im Jahr 2004 in die Förderung aufgenommenen Forschungsprojekte	**43**
	B. Wissenschaftliche Veröffentlichungen aus DSF-geförderten Projekten	**50**
	C. Promotionsförderung mit Betreuungssystem	**54**

I. Vorwort

Im Jahresbericht 2004 stellt die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) ihre Förderbereiche und Aktivitäten des vergangenen Jahres vor. Hierzu zählt neben der Projektförderung sowie der Struktur- und Nachwuchsförderung auch die Unterstützung des Ergebnistransfers in die politische Praxis und Öffentlichkeit, dem eine Reihe von Veranstaltungen gewidmet war.

Die DSF wurde im Oktober 2000 durch die Bundesrepublik Deutschland als Stiftung bürgerlichen Rechts gegründet und mit einem Vermögen in Höhe von 25,56 Mio. Euro ausgestattet. Die Stiftung soll die Friedensforschung dauerhaft stärken und zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beitragen.

Im Jahr 2004 bewilligte die Stiftung ihre bislang größte Einzelfördermaßnahme: Die Fördermittel zur Einrichtung der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ in Höhe von 1,25 Mio. Euro gehen an die Universität Hamburg, wo die Professur das Kernelement des Zentrums für Naturwissenschaftliche Friedensforschung (ZNF) bilden wird.
Mit dieser Entscheidung schloss die DSF vorerst ihr Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung ab, für das insgesamt rund 5 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Die Initiativförderung erstreckt sich in der Regel über einen Zeitraum von fünf Jahren.

Während die Einrichtung der Stiftungsprofessur noch einige Monate der Vorbereitung in Anspruch nehmen wird, konnte ein weiteres Teilprogramm im Rahmen der Strukturförderung im Berichtsjahr verwirklicht werden. Zum Wintersemester 2004/05 nahmen die im Vorjahr bewilligten Master-Studiengänge an den Universitäten Marburg und Tübingen sowie an der FernUniversität Hagen ihre Lehr- und Lerntätigkeit auf. Mit diesen Innovationen ist es der Stiftung gelungen, die Friedens- und Konfliktforschung an den deutschen Hochschulen strukturell besser zu verankern.

Auch in der Projektförderung konnte die DSF im vergangenen Jahr wichtige Akzente setzen. Fünf größere Forschungsvorhaben mit einem Gesamtvolumen von rund 600 Tsd. Euro wurden neu in die Förderung aufgenommen. Sie knüpfen an bestehende Förderschwerpunkte an und spiegeln das fächerübergreifende Themenspektrum der Friedens- und Konfliktforschung wider. Hinzu kommen 16 Kleinprojekte in Form wissenschaftlicher Tagungen und Publikationen. Die seit der Stiftungsgründung bewilligten Fördermittel für wissenschaftliche Vorhaben belaufen sich somit auf rund 3,4 Mio. Euro.

Mit fortlaufender Dauer ihrer Förderprogramme liegen der DSF nunmehr erste wissenschaftliche Erträge aus den geförderten Forschungsvorhaben vor. Auf dieser Grundlage initiierte die Stiftung mit interdisziplinären Workshops eine stärkere Vernetzung der Projekte. Darüber hinaus unterstützt sie in Kooperation mit den Projektnehmern und -nehmerinnen den Transferprozess in die politische Praxis und Öffentlichkeit. Mit dieser Zielsetzung wurden im Jahr 2004 mit gutem Erfolg Fachgespräche und erstmalig auch ein Parlamentarischer Abend für alle Fraktionen des Deutschen Bundestages in Berlin durchgeführt.

Im Frühjahr 2006 wird die Deutsche Stiftung Friedensforschung ihr fünfjähriges Bestehen feiern. Dies wird ein Anlass sein, eine erste Bilanz der Stiftungsentwicklung zu ziehen. Außerdem bereitet die DSF am Stiftungssitz in Osnabrück eine festliche Veranstaltung vor, der sich ein internationales Symposion zur Friedensforschung anschließen wird.

Auch wenn es der Stiftung noch nicht gelungen ist, ihre finanziellen Handlungsspielräume auf das erforderliche Maß für eine nachhaltige Erfüllung des Stiftungszweckes auszuweiten, so ist sie mit einer ersten Kapitalaufstockung im Jahr 2004 und einer weiteren im laufenden Jahr auf einem guten Weg, die bei der Stiftungsgründung geschaffene Substanz zu erhalten. Für die Aufstockung des Stiftungsvermögens sei dem Deutschen Bundestag, insbesondere den dem Stiftungsrat angehörenden Bundestagsabgeordneten Ernst-Reinhard Beck, Winfried Nachtwei und Heinz Schmitt wie auch der Stifterin, der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesministerin für Bildung und Forschung Edelgard Bulmahn, an dieser Stelle sehr herzlich gedankt.

Die erfolgreiche Umsetzung der vielfältigen Fördermaßnahmen und Stiftungsaktivitäten bedarf einer großen Unterstützung, die weit über den Kreis der Stiftungsorgane und der Geschäftsstelle hinausreicht.

Ein großer Dank richtet sich an die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates, die ihr Mandat ehrenamtlich ausüben und die Stiftungsarbeit mit viel Engagement unterstützen.

Ein besonderer Dank gilt den zahlreichen Gutachtern und Gutachterinnen, ohne deren unentgeltliches Mitwirken die Fördermaßnahmen nicht in der bewährten Weise hätten umgesetzt werden können.

Schließlich dankt die Stiftung ihren zahlreichen Kooperationspartnern, die auf lokaler Ebene, in den Hochschulen und Forschungsinstituten sowie in Politik und Öffentlichkeit zur Gestaltung der Stiftungsaktivitäten beigetragen haben.
Nur durch ihre Unterstützung kann die DSF auch für 2004 eine positive Gesamtbilanz ziehen.

Prof. Dr. Volker Rittberger
Vorsitzender des Stiftungsrates

II. Die Fördertätigkeit der Stiftung

Die Fördergebiete der Stiftung erstrecken sich satzungsgemäß zum einen auf die Förderung wissenschaftlicher Forschungsvorhaben, zum anderen auf Maßnahmen zur Struktur- und Nachwuchsförderung.
Im Bereich der Forschungsförderung schreibt die Stiftung keine Förderschwerpunkte aus, sondern richtet sich in ihrer Förderpraxis nach wie vor an den „Leitlinien der Forschungsförderung für die Jahre 2000 bis 2004“ unter dem Titel „Umgang mit friedensgefährdenden Konflikten“ aus.[1] Die Leitlinien stecken den inhaltlichen Rahmen für die Forschungsförderung ab und definieren drei zentrale Themenkomplexe:

- Die Dynamik gefährlicher Konflikte
- Die Einmischung Dritter in gefährliche Konflikte
- Institutionen und Strategien der Zivilisierung gefährlicher Konflikte.

Die Förderkriterien der Stiftung sind in den „Rahmenbedingungen Forschungsprojektförderung“ zusammengefasst, die der Stiftungsrat auf seiner Sitzung vom 11. März 2004 in einer aktualisierten Fassung beschlossen hat.[2]
Wichtige Bewertungskriterien sind nicht nur die wissenschaftliche Qualität eines Projektantrages, sondern auch die Berücksichtigung des Ergebnistransfers in die politische Praxis und Öffentlichkeit sowie von strukturellen Defiziten der Friedens- und Konfliktforschung.

Maßgeblich für die Antragstellung sind die Leitfäden der DSF. Sie sind auf die unterschiedlichen Projektarten zugeschnitten und informieren über die jeweiligen Antragsmodalitäten.

Von der Aufnahme der Förderaktivitäten im August 2001 bis Ende 2004 bewilligte die DSF insgesamt 27 größere Forschungsprojekte mit einem Finanzvolumen von 3,03 Mio. Euro. Darüber hinaus unterstützte die Stiftung 50 Kleinprojekte in Form von wissenschaftlichen Tagungen und Publikationen sowie kleineren Forschungsprojekten. Hierfür stellte die DSF weitere 350 Tsd. Euro zur Verfügung. In der Förderpraxis der Groß- und Kleinprojektförderung bildeten sich acht thematische Schwerpunkte heraus:

- Friedensvölkerrecht und internationale Organisationen
- Rüstungskontrolle und Abrüstung
- Konflikt- und Krisenprävention
- Intervention in Gewaltkonflikte
- Friedenskonsolidierung nach Beendigung von Gewaltkonflikten
- Friedenspädagogik
- Historische Friedensforschung
- Innerwissenschaftliche Diskurse und interdisziplinäre Zusammenarbeit.

Die Förderung in den Bereichen der Friedenspädagogik und innerwissenschaftlichen Diskurse/interdisziplinären Zusammenarbeit erfolgt bisher ausschließlich durch Kleinprojekte, während in den übrigen Schwerpunktthemen auch Großprojekte vertreten sind.

Im Bereich der Struktur- und Nachwuchsförderung ist keine freie Bewerbung um Fördermittel möglich. Die Stiftung legte bereits in der Gründungsphase die Ziele des Förderpro-

---

[1] „Leitthema und Förderschwerpunkte der Deutschen Stiftung Friedensforschung 2000-2004: Umgang mit friedensgefährdenden Konflikten“. In: Impulse für Friedensforschung und Politik. Stand und Weiterentwicklung der Stiftungsaktivitäten (= Forum DSF, Heft 2). Osnabrück 2004, S. 56-62. (http://www.bundesstiftung-friedensforschung.de/html/estruktur.html).
[2] Vergleiche hierzu Anhang D.

gramms fest und schrieb die Fördermittel für die Einzelmaßnahmen in den nachfolgenden Jahren öffentlich aus. Nach der strukturierten Promotionsförderung, dem postgradualen Masterprogramm „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ (2002) und den sozial- und geisteswissenschaftlichen Masterstudiengängen (2003) konnte im Jahr 2004 mit der Vergabe der Fördermittel zur Einrichtung der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ das letzte Teilprojekt bewilligt werden. Insgesamt stehen für das Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung Finanzmittel in Höhe von rund 5 Mio. Euro zur Verfügung. Die Initiativförderungen erstrecken sich in der Regel über einen Zeitraum von fünf Jahren. Im Rahmen dieses Förderprogramms folgen auf absehbare Zeit keine weiteren Ausschreibungen oder Mittelzuweisungen.

1. Die Förderung von Forschungsvorhaben

Die Stiftung unterscheidet in ihrer Förderpraxis zwischen größeren und kleineren wissenschaftlichen Projekten:

1. Größere wissenschaftliche Projekte können für eine Laufzeit von bis zu zwei Jahren beantragt werden. Die Höchstfördersumme beträgt 150 Tsd. Euro. Die Anträge sind jeweils zu zwei festen jährlichen Antragsterminen (15. Juni/15. Dezember) einzureichen. Gefördert werden aus diesen Mitteln sowohl Forschungsprojekte als auch größere wissenschaftliche Tagungen. Im Rahmen des Begutachtungsverfahrens werden zu jedem Antrag mindestens zwei externe Fachgutachten eingeholt. Die Bewilligung erfolgt durch den Stiftungsrat.
2. Für Kleinprojekte können Fördermittel in Höhe von maximal 25 Tsd. Euro – ab November 2004 20 Tsd. Euro – beantragt werden. Hierzu zählen Tagungen und Workshops, kleinere Studien wie auch wissenschaftliche Veröffentlichungen. Anträge können fortlaufend eingereicht werden. Über die Bewilligung entscheidet in der Regel der Geschäftsführende Vorstand nach Einholung eines externen Fachgutachtens. Für die Förderung von Kleinprojekten stehen jährlich Mittel in Höhe von 100 Tsd. Euro bereit.

1.1. Förderung größerer Forschungsprojekte

Im Haushaltsjahr 2004 standen für die Förderung größerer Forschungsvorhaben Mittel in einer Gesamthöhe von 600 Tsd. Euro zur Verfügung. Im Rahmen dieses Budgets konnte die Stiftung fünf Projektanträge (Vorjahr: 6 Projekte) mit einem Gesamtvolumen von 594 Tsd. Euro (Vorjahr: 754 Tsd. Euro) bewilligen.
Da das Bewilligungsdatum für die Zuordnung zum Haushaltsjahr maßgeblich ist, zählen die geförderten Projekte zu den Antragsrunden vom 15. Juni 2003 und 15. Dezember 2003.

Zum 15. Juni 2003 lagen der Stiftung insgesamt 16 Anträge auf Projektförderung vor. Sämtliche Forschungsvorhaben konnten in das Begutachtungsverfahren der Stiftung aufgenommen werden. Auf seiner Sitzung vom 13. November 2003 stimmte der Stiftungsrat der Bewilligung von zwei Forschungsvorhaben zu:

Bewilligte Projektanträge Antragstermin: Juni 2003	
Die De-/Konstruktion von Krieg in der internationalen meinungsführenden Presse: Der ‚Fall' Irak (2003) Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate Juni 2004 - Mai 2006	Projektleiterin: **Prof. Dr. Una Dirks** Universität Hildesheim Abteilung für Englische Sprache und Kultur
Neue nicht-tödliche Waffen – Physikalische Analysen für vorbeugende Begrenzungen Forschungsprojekt Laufzeit: 22 Monate Mai 2004 - Februar 2006	Projektleiter: **Prof. Dr. Dieter Suter** Universität Dortmund Experimentelle Physik III

Das Fördervolumen beläuft sich auf rund 251 Tsd. Euro. Die Bewilligungsquote dieser Antragsrunde lag bei 13 Prozent.

Mit der Bewilligung eines weiteren Projektes zur Erforschung der Rolle von Medien in Konflikten erweiterte die Stiftung eine bereits bestehende Schwerpunktbildung im Bereich der Projektförderung. Das Forschungsvorhaben untersucht mit einem kulturtheoretischen Konzept die Diskurskulturen der Kriegsberichterstattung am Beispiel des Irakkrieges im Jahr 2003. Prof. Dirks analysiert die Deutungsoptionen von ‚meinungsführenden' internationalen Presseorganen, die der Leserschaft angeboten werden und dazu geeignet sind, die öffentliche Meinungsbildung zu beeinflussen. Hierbei werden auch die berufsbiographischen Rahmenbedingungen der Journalisten und Journalistinnen in die Untersuchung einbezogen. Die Zielsetzung des Projektes besteht darin, die „potentiell kriegsförderliche oder friedensstiftende Akzeptanzwerbung" der Presse zu erfassen.

Das zweite bewilligte Forschungsvorhaben knüpft ebenfalls an einen bestehenden Förderschwerpunkt der Stiftung im Bereich der präventiven Rüstungskontrolle an. Seit Mitte der 1990er Jahre werden in erhöhtem Umfang Forschungsmittel bereitgestellt, um „nicht-tödliche" Waffentechnologien zu entwickeln. Im Rahmen des naturwissenschaftlichen Forschungsprojektes werden die Eigenschaften und Risiken physikalischer Technologien untersucht, die im Fall ihrer Anwendung nicht-tödliche Wirkungen und keine dauerhaften Schädigungen entfalten sollen. Neben der Technologiefolgenabschätzung will der Projektbearbeiter, Dr. Jürgen Altmann, auf der Grundlage der physikalischen Wirkungsanalyse Überlegungen für eine Begrenzung dieser Waffentechnologien und Regeln für einen möglichen Einsatz entwickeln, die im weiteren Fragen des Kriegsvölkerrechts, der Menschenrechte und der Sicherheitspolitik einschließen.

Zum 15. Dezember 2003 gingen bei der Geschäftsstelle der Stiftung insgesamt 11 Anträge auf Projektförderung ein. Zehn Forschungsvorhaben konnten in das Begutachtungsverfahren aufgenommen werden. Hiervon erhielten drei Projektanträge eine Bewilligung durch die DSF. Die zur Verfügung gestellten Fördermittel belaufen sich auf insgesamt 343 Tsd. Euro. Die Stiftung erreichte in dieser Entscheidungsrunde eine Förderquote von 30 Prozent. Im April 2004 stimmte der Stiftungsrat der Aufnahme folgender Forschungsprojekte zu:

Bewilligte Projektanträge Antragstermin: Dezember 2003	
Staatszerfall als friedens- und entwicklungspolitische Herausforderung: Was können multidimensionale Governance-Ansätze leisten? Eine konzeptionelle Untersuchung mit empirisch-analytischer Anwendung auf Somalia und Afghanistan Forschungsprojekt Laufzeit: 12 Monate (gesamt 18 Monate) Januar - Dezember 2005 (ZEF) Juni 2005 - Mai 2006 (INEF)	Projektleiter: **Dr. Tobias Debiel** Universität Duisburg-Essen Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) **Dr. Conrad Schetter** Universität Bonn Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF)
Post-Conflict Rebuilding of States – Völkerrechtliche Aspekte der Wiederherstellung von Staatlichkeit Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate Februar 2005 - Januar 2007	Projektleiter: **Prof. Dr. Volker Epping** Universität Hannover Institut für nationale und internationale Integrationsforschung (INTIF) **PD Dr. Hans-Joachim Heintze** Universität Bochum Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV)
Waffenkontrolle durch Wissenschaftskontrolle? Zur Rolle von Naturwissenschaftler(inne)n in staatlichen Biowaffen-Programmen Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate Januar 2005 - Dezember 2006	Projektleiter: **Dr. Jan van Aken** Universität Hamburg Forschungsschwerpunkt Biologie, Gesellschaft, Umwelt (BIOGUM)

Die Frage einer dauerhaften Stabilisierung von Staaten und Gesellschaften nach der Beendigung bzw. Eindämmung gewaltsamer Konflikte beschäftigt die Friedensforschung und die internationale Politik gleichermaßen. Sofern es nicht gelingt, ein erfolgreiches „Post-Conflict Peacebuilding“ zu entwickeln, besteht die große Gefahr einer erneuten gewaltsamen Konflikteskalation.
In zunehmendem Maß sind gewaltsame Konfliktdynamiken mit dem Phänomen der „failing states“ oder „failed states“ ursächlich verbunden. Die Projektförderung der DSF setzt in diesem Themengebiet einen weiteren Schwerpunkt. Zwei der neu in die Förderung aufgenommen Forschungsprojekte befassen sich mit der zentralen Problemstellung, wie Staatlichkeit nach der Beendigung gewaltsamer Auseinandersetzungen so wiederhergestellt werden kann, dass tragfähige Strukturen entstehen. Sie fragen insbesondere nach den Akteuren, die hierbei eine führende Rolle spielen können.
Dr. Debiel und Dr. Schetter untersuchen an den Fallbeispielen Somalia und Afghanistan, die durch die starke Erosion von Staatlichkeit gekennzeichnet sind, die „politischen und gesellschaftlichen Dimensionen von Gewalt und Governance-Strukturen" und fragen nach den Möglichkeiten, wie Prozesse einer nachhaltigen Friedenskonsolidierung in Gang gesetzt werden können. Im Zentrum der empirischen Studien steht die Wechselbeziehung zwischen den lokalen und nationalen Gewalt- und Herrschaftsstrukturen in ausgewählten Regionen. Hierbei soll auch die Frage beantwortet werden, welchen Beitrag internationale

Akteure unter diesen Rahmenbedingungen zu leisten vermögen und wie die Konzepte der Friedenskonsolidierung an die jeweiligen Verhältnisse angepasst werden müssen.

Das zweite Forschungsvorhaben nähert sich der Problematik der Friedenskonsolidierung aus einer völkerrechtlichen Perspektive. Die Projektleiter Prof. Epping und Dr. Heintze fragen nach den rechtlichen Bedingungen der Wiederherstellung funktionierender Staatlichkeit und ihrer zivilgesellschaftlichen Grundlage. Am Beispiel von vier Fallstudien soll analysiert werden, mit welchen unterschiedlichen Herangehensweisen die internationale Staatengemeinschaft bisher eine Lösung suchte, ohne dass diesen ein völkerrechtlich durchdachtes Handlungskonzept zugrunde liegt. Das Forschungsvorhaben setzt sich somit das Ziel, die völkerrechtlichen Aspekte der Wiederherstellung von Staatlichkeit systematisch zu erforschen, um außenpolitischen Akteuren eine größere Rechtssicherheit auf der Grundlage eines möglicherweise weiterentwickelten Völkerrechts zu bieten.

Das dritte Forschungsvorhaben erweitert den Förderschwerpunkt der präventiven Rüstungskontrolle. Ausgehend von der Beobachtung, dass sich nach dem Scheitern der multinationalen Verhandlungen zur Stärkung des Biowaffen-Übereinkommens vermehrt nationale und internationale Maßnahmen der Rüstungskontrolle auf die Forschungsaktivitäten von Naturwissenschaftler/inne/n konzentrieren, fragt das Projekt nach historischen Belegen, ob dieser Akteursgruppe wirklich eine aktive Rolle bei Biowaffenprogrammen zukommt und ob rüstungskontrollpolitische Maßnahmen auf diesem Gebiet erfolgversprechend sind. Mit dieser Zielsetzung untersucht das von Dr. Jan van Aken geleitete Projekt die Biowaffenprogramme von vier Staaten: USA, Sowjetunion, Großbritannien und Südafrika. Hierbei liegt der Schwerpunkt auf den jeweiligen Wendepunkten der nationalen Programme, denen politische Entscheidungsprozesse, möglicherweise unter dem Einfluss naturwissenschaftlicher Expertise, vorausgegangen waren. Die Ergebnisse des Forschungsvorhabens sollen einen wichtigen Beitrag in Bezug auf zukünftige Rüstungskontrollmaßnahmen im Bereich von Biowaffen leisten.

Neue Anträge auf Forschungsprojektförderung konnten im Berichtszeitraum zu zwei Terminen bei der Stiftung eingereicht werden. Zum 15. Juni 2004 gingen insgesamt neun Anträge auf Projektförderung ein. Nach Abschluss des Begutachtungsverfahrens stellte der Stiftungsrat auf seiner Sitzung vom 21. Oktober 2004 drei Antragstellern eine Förderung in Aussicht. Die abschließende Bewilligung erfolgt im Januar 2005. Zum 15. Dezember 2004 lagen der Geschäftsstelle weitere acht Anträge auf Projektförderung vor, von denen sieben in die Begutachtung aufgenommen werden konnten. Für die Forschungsprojektförderung im Haushaltsjahr 2005 stehen der Stiftung 700 Tsd. Euro zur Verfügung.

Nachdem im Vorjahreszeitraum nur eines der DSF-geförderten Großprojekte ausgelaufen war, kamen im Jahr 2004 insgesamt neun größere Forschungsvorhaben zum Abschluss:

- **Die Informationskriege um den Balkan seit 1991** (April 2004)
  Projektleiter: Prof. Dr. Jörg Becker, KomTech, Solingen
- **Globalisierung und innenpolitische Stabilität** (Mai 2004)
  Projektleiter: Prof. Dr. Gerald Schneider, Universität Konstanz
- **Weltraumbewaffnung und die Möglichkeiten präventiver Rüstungskontrolle** (Mai 2004)
  Projektleiter: Dr. Götz Neuneck, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

- **Nachrichtenmedien als Mediatoren von Demokratisierung, Peace-Building und Versöhnung in Nachkriegsgesellschaften – Entwicklung eines friedensjournalistischen Modells** (Juni 2004)
  Projektleiter: Prof. Dr. Wilhelm Kempf, Universität Konstanz
- **Nichtregierungsorganisationen in der inter-, transnationalen Konfliktprävention und -bearbeitung. Das Problem der demokratischen Legitimation und Verantwortlichkeit** (September 2004)
  Projektleiter: Prof. Dr. Hajo Schmidt, FernUniversität Hagen
- **Demobilisierung und Remobilisierung in Äthiopien ab 1991** (September 2004)
  Projektleiter: Prof. Dr. Helmut Bley, Universität Hannover
- **Präventive Rüstungskontrolle: Analyse von Potenzialen für Rüstungskontrolle und Verifikation biologischer Waffen unter besonderer Berücksichtigung neuer Entwicklungen in der Biotechnologie** (November 2004)
  Projektleiterin: Prof. Dr. Kathryn Nixdorff, TU Darmstadt
- **Neue Formen der Gewalt im internationalen System: Möglichkeiten und Grenzen der Prävention** (Dezember 2004)
  Projektleiter: Prof. Dr. Wolf-Dieter Eberwein, Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, Berlin
- **Komplexe Interventionen in die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien** (Dezember 2004)
  Projektleiterin: Dr. Barbara Müller, Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung IFGK, Wahlenau

Im Rahmen der Abschlussberichterstattung erhält die Stiftung von den Projektnehmern und Projektnehmerinnen eine zusammenfassende Ergebnisdarstellung, die nach Einholung eines abschließenden Gutachtens in der stiftungseigenen Reihe „Forschung DSF“ veröffentlicht werden kann.

Diese Reihe ist im Jahr 2004 mit der Kleinprojektstudie vom Dr. Stephan Böckenförde „Die War Powers Resolution als ein mögliches Modell für ein Entsendegesetz/Parlamentsbeteiligungsgesetz“[3] eröffnet worden. Weitere Hefte der Reihe „Forschung DSF“ werden 2005 zur Veröffentlichung gelangen.

Hinweise auf wissenschaftliche Veröffentlichungen aus den geförderten Projekten gibt die Internetseite der Stiftung. Eine Auflistung der Publikationen im Berichtszeitraum findet sich im Anhang[4] zu diesem Jahresbericht.

1.2. Förderung von Kleinprojekten

Im Berichtsjahr lagen dem Geschäftsführenden Vorstand der Stiftung 36 Anträge auf Förderung von Kleinprojekten zur Entscheidung vor. Nicht hinzugerechnet sind zahlreiche Anfragen, die nicht zu einer formellen Antragstellung führten. Der Vorstand konnte auf der Grundlage von Fachgutachten 16 Projekte bewilligen, darunter zehn wissenschaftliche Tagungen und Workshops sowie sechs wissenschaftliche Publikationen. Das Fördervolumen belief sich auf rund 86 Tsd. Euro. Die Bewilligungsquote in der Kleinprojektförderung lag 2004 bei rund 42 Prozent.

---

[3] Stephan Böckenförde: Die War Powers Resolution als ein mögliches Modell für ein Entsendegesetz/Parlamentsbeteiligungsgesetz (= Forschung DSF, Heft 1). Osnabrück 2004.
[4] Vergleiche hierzu Anhang B.

Bewilligte wissenschaftliche Tagungen/Workshops im Jahr 2004	
Imperiale Weltordnung? – Trends des 21. Jahrhunderts Jahreskolloquium 2004 der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) 20.-22. Februar 2004	Projektleiter: **Prof. Dr. Peter Schlotter** Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)
Neue Kriegstheorien – eine Zwischenbilanz Wissenschaftliche Tagung 25.-27. März 2004	Projektleiter: **PD Dr. Harald Bluhm** Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften; Ausgerichtet von der Sektion Politische Theorien und Ideengeschichte der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), in Kooperation mit der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)
50 Jahre Deutsche Wiederbewaffnung Bonn/Berlin und Paris: Chancen und Risiken des ‚Alten Europa' Internationaler Workshop 16. Juli 2004	Projektleiter: **PD Dr. Johannes Becker** Arbeitskreis Marburger Wissenschaftler/innen für Friedens- und Abrüstungsforschung e. V.
Das Lehren lernen Hochschuldidaktischer Workshop 20.-23. September 2004	Projektleiter: **Prof. Dr. Gunther Hellmann** Universität Frankfurt a. M. **Dr. Thomas Nielebock** Universität Tübingen **Tatjana Reiber, M. A.** Universität der BW, München
Gütekraftforschung auf dem Prüfstand. Kritische Begleitung aktueller Forschungsprojekte aus wissenschaftstheoretischer, interkultureller und praktischer Perspektive Wissenschaftlicher Workshop 16. Oktober 2004	Projektleiterin: **Dr. Barbara Müller** Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK)
„What We're Fighting for...". Gerechter Krieg – Gerechter Frieden. Ein vernachlässigtes Thema im deutsch-amerikanischen Dialog Internationale Fachtagung 15.-17. Oktober 2004	Projektleiter: **Uwe Trittmann** Institut für Kirche und Gesellschaft, Evangelische Akademie Iserlohn

Deeskalation von Gewaltkonflikten nach 1945. Eine vergleichende Geschichte der Konfliktbearbeitung Jahrestagung 2004 des Arbeitskreises Historische Friedensforschung (AHF) 10.-12. Dezember 2004	Projektleiterin: **Dr. Corinna Hauswedell** Arbeitskreis Historische Friedensforschung (AHF)
Krieg, Gewalt und der prekäre Friede Nachwuchstagung der AFK 14.-16. Januar 2005	Projektleiter: **Prof. Dr. Peter Schlotter** Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)
Frieden – eine philosophische Herausforderung Internationales wissenschaftliches Kolloquium 17.-20. Februar 2005	Projektleiter: **PD Dr. Alfred Hirsch** RWTH Aachen
Demokratie leben lernen. Partizipative Pädagogik und Erziehung zur Demokratie in Europa Internationale Tagung 7.-9. Oktober 2005	Projektleiter: **Prof. Dr. Christian Büttner** Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Die Förderung wissenschaftlicher Tagungen im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung zielt darauf ab, die Vernetzung wissenschaftlicher Aktivitäten und den wissenschaftlichen Austausch auf nationaler wie auch internationaler Ebene zu unterstützen. Darüber hinaus sollen ausgehend vom „state of the art“ neue Forschungsperspektiven entwickelt und diskutiert werden.
Die geförderten Tagungen erfüllen diese Zielsetzungen in vielfältiger Weise, wie an einigen Beispielen verdeutlicht werden kann.

Die Tagung **„Neue Kriegstheorien“** zog eine Zwischenbilanz bezüglich der in jüngerer Zeit durch die Forschung entwickelten Theorien, Konzepte und Begriffe zu Kriegen, um die Deutungen politischer Gewalt vor dem Hintergrund neuerer empirischer Befunde einer Reflexion zu unterziehen. Hierbei ging es nicht nur um eine wissenschaftlich-theoretische Debatte, sondern auch um die Implikationen der konzeptionellen Neufassung von Krieg für die politischen Handlungsstrategien. Die Beiträge werden in einem Tagungsband veröffentlicht.

Die deutsch-amerikanische Fachtagung **„What We’re Fighting for...“** des Instituts für Kirche und Gesellschaft, Evangelische Akademie Iserlohn, stellte sich die Aufgabe, den transatlantischen Dialog über außen- und sicherheitspolitische Fragen, der infolge des Irak-Krieges im Jahr 2003 in gegensätzlichen Positionen verharrte, auf eine neue Grundlage zu stellen.
Diskutiert wurden die unterschiedlichen konzeptionellen Ansätze für eine Friedensethik und Friedenspolitik, auf deren Grundlage gemeinsame ethische Kriterien formuliert werden können, um eine Gewaltminimierung im internationalen System zu erreichen. Zugleich sollte die Tagung einen Anstoß für eine verstärkte friedensethische Debatte in den Kirchen geben. Die Beiträge werden in einem Tagungsband veröffentlicht.

Die international besetzte Jahrestagung des Arbeitskreises Historische Friedensforschung unter dem Titel **„Deeskalation von Gewaltkonflikten nach 1945. Eine vergleichende Geschichte der Konfliktbearbeitung“** widmete sich dem Thema einer vergleichenden Historisierung von Konfliktbearbeitung und Deeskalationsprozessen. Hierbei kontrastierten die Beiträge die Erfahrungen des Ost-West-Konfliktes mit den innerstaatlichen Konflikten der 1990er Jahre und gingen der Leitfrage nach, unter welchen Bedingungen eine Transformation der Gewaltordnungen in nachhaltige Friedensordnungen möglich ist. Die fächerübergreifend angelegte Tagung sollte neue integrative Forschungsperspektiven entwickeln. Die Vorträge werden in einem Tagungsband veröffentlicht.

Dem **„Frieden als philosophische Herausforderung“** ist ein internationales wissenschaftliches Kolloquium gewidmet, welches das Denken über den Frieden von einem ‚negativen’ Friedensbegriff als Abwesenheit von Gewalthandlungen, wie er die abendländischen Traditionen dominiert, zu einem positiven Friedensbegriff führen will. Dr. Alfred Hirsch verfolgt mit der Tagung die Zielsetzung, Theoretiker und Philosophen unterschiedlicher Denkhorizonte und -kulturen zusammenzuführen, um Elemente der ‚Philosophie des Friedens’ zu entwickeln und zu diskutieren. Die Beiträge sollen in einem Tagungsband veröffentlicht werden.

Die internationale Tagung zur Friedenspädagogik und Demokratieerziehung **„Demokratie leben lernen in vorschulischen Einrichtungen“** zielt auf das bisher nur wenig beachtete Feld der Vorschulerziehung. In Kooperation mit dem Staatsinstitut für Frühpädagogik München sollen die Erfahrungen von vier europäischen Staaten (Großbritannien, Frankreich Polen und Deutschland) in diesem Bereich vorgestellt und Unterschiede und Gemeinsamkeiten herausgearbeitet werden. Hierbei geht es nicht zuletzt um die Annäherung unterschiedlicher wissenschaftlicher Traditionen, die nicht unter dem deutschen Begriff der Friedenspädagogik subsumiert werden können. Die Tagungsbeiträge sollen anschließend veröffentlicht werden.

Neue Akzente setzte die Stiftung mit der erstmaligen Förderung der Nachwuchstagung der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) **„Krieg, Gewalt und der prekäre Friede“**, die mit über 100 Teilnehmern und Teilnehmerinnen eine unerwartet große Resonanz fand. Auf der Tagung wurden Forschungsprojekte und -ergebnisse u. a. zu Themen der Sicherheitspolitik, Rüstungskontrolle, Konfliktprävention und -intervention vorgestellt und unter Leitung eines/r fachlich ausgewiesenen Moderators/in diskutiert. Darüber hinaus bot die AFK im Rahmen der Tagung Informationen über berufliche Perspektiven an. Zum Abschluss diskutierte ein Podium über die „Zukunft der Friedens- und Konfliktforschung“.

Der Unterstützung der Lehr- und Lernkompetenz in der Friedens- und Konfliktforschung diente die Förderung des hochschuldidaktischen Workshop **„Das Lehren lernen“**. Vor dem Hintergrund steigender Anforderungen an die Lehrkompetenz junger Hochschullehrer und -lehrerinnen und der Einrichtung von Studiengängen kommt dieser Fortbildungsmaßnahme grundsätzliche Bedeutung zu.

Die Stiftung fördert im Rahmen ihrer Kleinprojektförderung in begrenztem Umfang auch Publikationsvorhaben. Diese sind zum einen Teil aus geförderten Projekten und wissenschaftlichen Tagungen hervorgegangen, zum anderen Teil konnten auch Anträge ohne vorherige DSF-Förderung berücksichtigt werden. Die Fördermittel sollen insbesondere für Publikationen zur Verfügung stehen, die einen grundlegenden und innovativen Beitrag zur

Friedens- und Konfliktforschung leisten. Im Jahr 2004 wurden Druckkostenzuschüsse für folgende wissenschaftliche Publikationen bewilligt:

Bewilligte Druckkostenzuschüsse im Jahr 2004	
Institut für Friedenspädagogik Tübingen e. V. (Hrsg.) In Zusammenarbeit mit den Herausgebern des Friedensgutachtens 2004 **Friedensgutachten 2004 – didaktisch Unterrichtshilfen und Materialien** Tübingen 2004	Projektnehmer: **Dr. Christoph Weller** Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen
Gerhard Paul **Bilder des Krieges – Krieg der Bilder. Die Visualisierung des modernen Krieges** Paderborn: Schöningh 2004	Projektnehmer: **Prof. Dr. Gerhard Paul** Universität Flensburg
Norbert Ammermann/Beate Ego/Helmut Merkel (Hrsg.) **Frieden als Gabe und Aufgabe. Beiträge zur theologischen Friedensforschung** Göttingen: V&R unipress 2005	Projektnehmerin: **Prof. Dr. Beate Ego** Universität Osnabrück
Iris Hunger **Ohne Vertrauen keine Kontrolle. Zur Rolle der Vertrauensbildung in der Evolution des Biowaffen-Kontrollregimes** Frankfurt a. M.: Campus-Verlag (Im Erscheinen)	Projektnehmerin: **Dr. Iris Hunger** Forschungsstelle Biologische Waffen und Rüstungskontrolle, Universität Hamburg
Linda Helfrich/Sabine Kurtenbach (Hrsg.) **Colombia – Caminos para salir de la Violencia** Frankfurt a. M./Madrid: Vervuert Verlagsgesellschaft (Im Erscheinen)	Projektnehmerinnen : **Dr. Linda Helfrich** Universität Frankfurt/M. **Dr. Sabine Kurtenbach** Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK)
Egbert Jahn (Hrsg.) **Die Zukunft des Friedens weiterdenken. Sichtweisen der jüngeren Generation der Friedens- und Konfliktforschung** Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften (Im Erscheinen)	Projektnehmer: **Prof. Dr. Egbert Jahn** Universität Mannheim

Im Jahr 2004 unterstützte die Stiftung die erstmalig erschienenen Unterrichtshilfen und Materialien **„Friedensgutachten 2004 – didaktisch“**. Die vom Institut für Friedenspädagogik Tübingen zusammengestellten und bearbeiteten Materialien ergänzen das „Friedensgutachten“, das von fünf deutschen Friedensforschungsinstituten alljährlich herausgegeben wird. Die Hefte stehen sowohl in gedruckter Fassung als auch in einer Internetversion zur Verfügung und richten sich an Zielgruppen in Schulen und Hochschulen sowie an Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Die didaktischen Materialien wurden zusammen mit dem Friedensgutachten 2004 am 15. Juni 2004 auf der Bundespressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt.

Dr. Christoph Weller (INEF) präsentiert
das „Friedensgutachten didaktisch“

In Kooperation mit anderen Fördereinrichtungen unterstützte die DSF die Pionierstudie **„Bilder des Krieges – Krieg der Bilder. Zur Visualisierung des modernen Krieges“** von Prof. Dr. Gerhard Paul, Universität Flensburg. In einer bisher einzigartigen und viel beachteten Gesamtanalyse von der Mitte des 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart geht Paul der Frage nach, in welcher Weise der moderne Krieg in Bildern dargestellt wird und wie das Medium Bild selbst zum Mittel der Kriegsführung wurde.

Der Sammelband **„Frieden als Gabe und Aufgabe“** versammelt Beiträge zur theologischen Friedensforschung und ist als Festschrift für Prof. Dr. Reinhold Mokrosch, dem langjährigen Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Rates der Osnabrücker Friedensgespräche, entstanden, mit denen die Deutsche Stiftung Friedensforschung seit ihrer Gründung am Stiftungssitz zusammenarbeitet.

Vor dem Hintergrund des Scheiterns der Verhandlungen über ein Verifikationsprotokoll zum Biowaffenübereinkommen aus dem Jahr 1972 untersucht die Studie **„Ohne Vertrauen keine Kontrolle. Zur Rolle der Vertrauensbildung in der Evolution des Biowaffen-Kontrollregimes“** von Dr. Iris Hunger, warum in den Verhandlungsprozessen nicht die erforderliche Vertrauensbasis hergestellt werden konnte. Aus ihren empirischen Befunden entwickelt die Autorin ein Modell zur Regimeevolution.

Die Publikationen **„Colombia – Caminos para salir de la violencia“** zu Kolumbien und **„Die Zukunft des Friedens weiterdenken. Sichtweisen der jüngeren Generation der Friedens- und Konfliktforschung“** zur Friedens- und Konfliktforschung sind aus DSF-geförderten Tagungen hervorgegangen.

Im Sommer 2004 legte die durch den Stiftungsrat berufene Evaluierungskommission zur Kleinprojekteförderung ihren Bericht vor.
Die Kommission bestehend aus Dr. Martina Fischer (Stiftungsrat der DSF), Dr. Corinna Hauswedell (Wissenschaftlicher Beirat der DSF) und Prof. Dr. Günter Bierbrauer (externer Gutachter, Universität Osnabrück) zog eine überaus positive Bilanz der Förderpraxis der DSF. Die Förderung von Kleinprojekten habe wesentlich zur Profilbildung der Stiftung beigetragen. Die Relation von Projektzielen und den wissenschaftlichen Ergebnissen wird ebenso positiv bewertet wie der erreichte Transferertrag.

Die Kommission hält es im Interesse der Weiterentwicklung der Förderaktivitäten für sinnvoll, die Fördermittel in diesem Bereich zu erhöhen. Von einer thematischen Fokussierung oder Budgetierung nach Projektarten wird abgeraten. Die Stiftung hat den Vorschlag der Kommission übernommen, den Höchstförderbetrag von 25 Tsd. Euro auf 20 Tsd. Euro abzusenken. Darüber hinaus legt der Bericht eine Reihe konstruktiver Empfehlungen vor, die dazu beitragen sollen, das Instrument der Kleinprojektförderung in effizienter Weise weiterzuentwickeln.
Der Stiftungsrat dankt der Kommission für ihre sorgfältige Arbeit.

2. Struktur- und Nachwuchsförderung

Das im April 2001 verabschiedete Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung trug in den vergangenen Jahren nicht unwesentlich dazu bei, die etablierten Strukturen der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland auf eine solidere und dauerhaftere Grundlage zu stellen. Im folgenden wird die Entwicklung der Teilprogramme im Berichtszeitraum zusammengefasst.

2.1. Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“

Als größtes Einzelprojekt im Rahmen der Struktur- und Nachwuchsförderung der Deutschen Stiftung Friedensforschung bewilligte der Stiftungsrat auf seiner Sitzung am 11. März 2004 die Fördermittel zur Einrichtung der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ an der Universität Hamburg. Er folgte mit seinem Votum der Empfehlung der internationalen Gutachterkommission, die im Auftrag der Stiftung die beiden eingereichten Bewerbungen beurteilt hatte.
Das Projekt wird über einen Zeitraum von fünf Jahren mit Mitteln in einer Gesamthöhe von 1,25 Mio. Euro gefördert, bevor die Universität Hamburg die Weiterfinanzierung aus Eigenmitteln übernimmt.
Die Professur ist mit Personal- und Sachmitteln ausgestattet. Die Stiftung verfolgt mit der Fördermaßnahme das Ziel, die naturwissenschaftliche Friedensforschung an einer deutschen Hochschule dauerhaft zu verankern und den Grundstein für ein Kompetenzzentrum mit internationaler Ausstrahlung zu legen. Die Stiftungsprofessur wird nicht nur ein eigenständiges Profil in der naturwissenschaftlichen Friedensforschung aufbauen, sondern auch dazu beitragen, Module für natur- und sozialwissenschaftliche Studienangebote zu entwickeln, die in bestehende oder geplante Studiengänge an der Universität Hamburg integriert werden können.
Die Stiftung und die Universität Hamburg haben eine Zielvereinbarung abgeschlossen, um den Aufbau und die weitere Entwicklung der Professur mit einem Monitoring zu begleiten. Für die Besetzung der Professur wurde ein ordentliches Berufungsverfahren eingeleitet. In der Kommission ist die DSF mit zwei Personen vertreten. Das Ergebnis des Verfahrens

wird die disziplinäre Schwerpunktbildung bestimmen. Es soll voraussichtlich im Frühjahr 2005 abgeschlossen sein, so dass die Professur noch im Laufe des „Einsteinjahres“ besetzt werden kann.
An der Universität Hamburg wird die Stiftungsprofessur in das „Zentrum für Naturwissenschaftliche Friedensforschung“ (ZNF) eingebunden, an dem die naturwissenschaftlichen Fachbereiche und das IFSH auf der Grundlage eines Kooperationsvertrages beteiligt sind. Im Kuratorium des ZNF erhält die DSF einen Sitz. Die feierliche Eröffnung des Zentrums ist für Dezember 2005 vorgesehen.

2.2. Promotionsförderung mit Betreuungssystem

Die Fördermittel zur Einrichtung einer Promotionsförderung mit Betreuungssystem waren im Jahr 2002 für drei Einrichtungen bewilligt worden: die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und das Zentrum für Konfliktforschung (ZKF) der Universität Marburg. Insgesamt konnten mit Mitteln der Stiftung in einer ersten Förderrunde 12 zweijährige Stipendien für Dissertationsprojekte vergeben werden, die dazu beitragen sollen, die Ausbildungsmöglichkeiten und Forschungsschwerpunkte der geförderten Institutionen zu stärken. Die Institute verpflichteten sich im Gegenzug, ein Betreuungssystem einzurichten, das den Stipendiatinnen und Stipendiaten zum einen günstige Rahmenbedingungen für ihre Forschungsarbeiten gewährleistet, zum anderen den Erwerb zusätzlicher Qualifikationen für den späteren Berufseinstieg ermöglicht.
Im März 2004 beschloss der Stiftungsrat, die Promotionsförderung einer Zwischenevaluierung zu unterziehen, um eine erste Beurteilung über die Umsetzung der Förderziele der DSF zu erhalten. Die dreiköpfige Kommission bestehend aus Prof. Dr. Leonie Dreschler-Fischer (Stiftungsrat der DSF), Prof. Dr. Susanne Feske (Wissenschaftlicher Beirat der DSF) und Prof. Dr. Egbert Jahn (externer Gutachter, Universität Mannheim) nahm im Sommer 2004 ihre Arbeit auf und wird ihre Ergebnisse Anfang 2005 vorlegen.

Der Stiftungsrat gab im Oktober 2004 die Fördermittel für die zweite Tranche der Promotionsförderung frei. Damit war die Voraussetzung geschaffen, 12 weitere Stipendien auszuschreiben. Das IFSH konnte bis zum Jahresende bereits vier Stipendiaten und Stipendiatinnen aus einer großen Bewerberzahl auswählen. Sie befassen sich in ihren Dissertationen mit folgenden Themen[5]:

Jens Narten:
Menschenrechte und die nachhaltige Zivilisierung von Konflikten. Eine systemanalytische Untersuchung internationaler Friedensbemühungen am Beispiel der UN-, OSZE- und EU-Missionen im Kosovo

Jan Stupl:
Untersuchung der Wechselwirkung von Laserstrahlung mit Strukturelementen von Raumfahrtkörpern

Isabelle Tannous:
Konfliktprävention als Querschnittsanliegen im europäischen Mehrebenensystem

[5] Für eine zusammenfassende Darstellung der Dissertationsprojekte siehe Anhang C.

Merle Vetterlein:
Makedonien: Eine Analyse der Interdependenz sozio-ökonomischer, politischer, interethnischer und demographischer Konfliktursachen

Die Auswahlverfahren des ZKF (Marburg) und der HSFK (Frankfurt) für die zweite Runde waren bis zum Jahresende noch nicht abgeschlossen.

2.3. Postgradualer Masterstudiengang „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“

Bereits im Oktober 2002 hatte der Studienbetrieb für den postgradualen Masterstudiengang „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ begonnen. Der Studiengang wird vom Kooperationsverbund Friedensforschung und Sicherheitspolitik getragen, an dem sich insgesamt 15 wissenschaftliche Einrichtungen beteiligen. Die Stiftung stellt im Rahmen ihrer fünfjährigen Initiativförderung des Studienangebotes jährlich 15 Stipendien sowie Sach- und Personalmittel zur Durchführung des Programms zur Verfügung. Weitere zehn Stipendien finanziert der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) für Studierende aus dem südosteuropäischen Raum. Der Studiengang wird von der Universität Hamburg zertifiziert.
Der einjährige Masterstudiengang bietet ein berufsfeldorientiertes Aufbaustudienprogramm im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung, das durch interdisziplinäre sowie theoriegeleitete und praxisorientierte Lehrinhalte gekennzeichnet ist.
Im Berichtsjahr schloss bereits der zweite Jahrgang das Studium mit dem Masterexamen ab. Im Oktober 2004 überreichte der Präsident der Universität Hamburg, Dr. Dr. h. c. Jürgen Lüthje, den 26 Absolventen und Absolventinnen die Master-Zeugnisse im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung, an der auch der Geschäftsführer der DSF teilnahm.

Prof. Egon Bahr, Bundesminister a. D., widmete sich in seiner Festrede der deutschen Außenpolitik und sprach zum Thema „Was kann Deutschland tun? Was soll es tun?“. Mit der Veranstaltung wurden zugleich die 20 Studierenden des dritten Jahrgangs begrüßt. Mit 104 Bewerbungen aus dem In- und Ausland war die Nachfrage nach Studienplätzen wiederum groß. Bei den Zulassungen gab es ein leichtes Übergewicht zugunsten ausländischer Teilnehmer und Teilnehmerinnen.

2.4. Geistes- und sozialwissenschaftliche Studiengänge Friedens- und Konfliktforschung

Mit der Förderung von Masterstudiengängen zielt die Stiftung darauf ab, den Grundstein für leistungsfähige Ausbildungsstrukturen im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung zu legen. Mit dieser Maßnahme soll die Friedensforschung strukturell an deutschen Hochschulen verankert sowie ein wissenschaftlich qualifiziertes und auch berufsfeldorientiertes Ausbildungsprogramm geschaffen werden. Bisher konnten einschlägige Abschlüsse nur an ausländischen Universitäten erworben werden.
Im Jahr 2003 bewilligte der Stiftungsrat die Förderung von drei Studiengangprojekten:

- „Master Friedensforschung und Internationale Politik“, Universität Tübingen
- „Master in Peace and Conflict Studies“, Universität Marburg
- „Master in Peace Studies“, FernUniversität Hagen

Während die Studienangebote an den Universitäten Marburg und Tübingen als konsekutive Masterprogramme angelegt sind, hat der Master an der FernUniversität Hagen den Status eines Weiterbildungsangebotes. Die Studiengänge bieten den Studierenden unterschiedliche thematische und disziplinäre Akzentsetzungen. Die Förderung der Studiengänge erfolgt über einen Zeitraum von fünf Jahren. Hierfür stellt die Stiftung Mittel in einer Gesamthöhe von 1,67 Mio. Euro zur Verfügung.

Die Einrichtung der neuen Studiengänge geht einher mit einer Förderung der personellen Ausstattung, die für die Sicherung der Organisation und des Lehrangebotes unabdingbar ist.

Der Universität Tübingen bewilligte die Stiftung eine C3-Professur für Friedens- und Konfliktforschung, die nach Abschluss der fünfjährigen Initiativförderung durch die Universität weiterfinanziert wird. Die Professur konnte nach einem ordentlichen Berufungsverfahren unter Beteiligung der DSF zum Wintersemester 2004/05 mit Prof. Dr. Andreas Hasenclever besetzt werden, der zuvor bei der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) als Forschungsleiter tätig war.

Die Universität Marburg bevorzugte die Einrichtung einer Juniorprofessur für Friedens- und Konfliktforschung. Auch hier entsandte die Stiftung eine Vertreterin in die Berufungskommission. Zum Wintersemester 2004/05 wurde Dr. Thorsten Bonacker, der bereits zuvor am Zentrum für Konfliktforschung tätig war, auf die Stelle berufen.

Die FernUniversität Hagen richtete eine wissenschaftliche Mitarbeiterstelle für die spezifischen Anforderungen des Fernstudiums ein. Diese übernimmt neben Aufgaben der Koordination und Organisation auch Aufgaben im Bereich der Entwicklung von Studienmaterialien.
Nach Schaffung organisatorischer und personeller Voraussetzungen konnte an allen drei DSF-geförderten Standorten zum Wintersemester 2004/05 der Studienbetrieb aufgenommen werden. Die Studienangebote stießen auf eine überaus große Nachfrage aus dem In- und Ausland. Für die erstmalige Ausschreibung des Masters bot die FernUniversität Hagen 25 Studienplätze an, die im Wintersemester 2005/06 auf 40 erhöht werden sollen. Sämtliche Plätze konnten im Rahmen des Zulassungsverfahrens vergeben werden.
Die Universität Marburg stellte 30 Studienplätze zur Verfügung, für die sich letztendlich 19 Studierende einschrieben. An der Universität Tübingen waren 20 Studienplätze angeboten, 15 Studierende nahmen die Zulassung an. Bemerkenswert ist das große Interesse ausländischer Studierender an den Studienprogrammen, in Tübingen stellen diese sogar die Mehrzahl.

Der neue Masterstudiengang „Friedensforschung und Internationale Politik“ wurde am 12. Oktober in der Neuen Aula der Universität Tübingen feierlich eröffnet. In Anwesenheit hochrangiger Vertreter der Universität dankte Prof. Dr. Volker Rittberger in seiner Eröffnungsrede für die Förderzusage seitens der Deutschen Stiftung Friedensforschung.
Im Anschluss sprach der Staatssekretär im BMBF Wolf-Michael Catenhusen als Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der DSF über die Aufgaben und Ziele der Stiftung und erläuterte die Vorstellungen und Erwartungen, die sich mit der Förderung von Masterstudiengängen im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung verbinden. Prof. Dr. Andreas Hasenclever gab am Beispiel seines Vortrages zur Rolle von Religionen in politischen Konflikten einen Einblick in seine laufenden Forschungsarbeiten. Den Abschluss der Veranstaltung bildete der ideenreiche Vortrag von Prof. Dr. Dr. h. c. Dieter Senghaas, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien der Universität Bremen, zum Thema „Moder-

ne und Antimoderne angesichts kultureller Globalisierung. Plädoyer für einen zeitgemäßen, jedoch geschichtsbewussten Dialog“[6].

Am 28. Oktober 2004 folgte die feierliche Eröffnung des „Master in Peace Studies“ an der FernUniversität Hagen. Der formellen Eröffnung vorgeschaltet war ein wissenschaftliches Kolloquium, das unter dem Thema „Zum Wandel von Gewalt und Krieg“ die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen an die Friedenswissenschaft beleuchtete.

Nach einer Einführung von Prof. Dr. Hajo Schmidt, Direktor des Instituts Frieden und Demokratie der FernUniversität Hagen, referierten Prof. Dr. Christopher Daase (LMU München), PD Dr. Hans-Joachim Heintze (Ruhr-Universität Bochum) und Prof. Dr. Georg Simonis (FernUniversität Hagen) zu unterschiedlichen Aspekten des Themas. Im Anschluss fand in Anwesenheit hochrangiger Repräsentanten der FernUniversität Hagen die offizielle Eröffnung statt.
Prof. Dr. Arthur Benz, Dekan des Fachbereichs Kultur- und Sozialwissenschaften der FernUniversität Hagen, dankte der DSF in seinem Beitrag für die Förderung des Masterstudienganges. Der Vorsitzende der Deutschen Stiftung Friedensforschung, Prof. Dr. Volker Rittberger, beglückwünschte in seiner Ansprache die FernUniversität zur gelungenen Studienganginnovation in Form eines interdisziplinären Weiterbildungsangebotes. Die Stiftung rücke damit dem Ziel, die Friedens- und Konfliktforschung in der Hochschullehre dauerhaft zu verankern, einen großen Schritt näher. Hierdurch könne die Ausbildung von wissenschaftlich qualifizierten Friedensfachkräften wie auch die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses nachhaltig unterstützt werden.

Die feierliche Eröffnung des „Master in Peace and Conflict Studies“ an der Universität Marburg wurde aus Termingründen auf das Sommersemester 2005 verschoben.

[6] In: Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung, Nr. 45. Tübingen 2004.

Das Struktur- und Nachwuchsförderungsprogramm der DSF

Sozial- und geisteswissenschaftliche Masterstudiengänge:	
Eberhard-Karls-Universität Tübingen: „Friedensforschung und Internationale Politik“, C3-Professur, Prof. Dr. Andreas Hasenclever Internet: http://www.uni-tuebingen.de/uni/spi/ab2menu.htm	Beginn: WS 2004/2005
FernUniversität Hagen: „Master in Peace Studies“ Internet: http://www.fernuni-hagen.de/	Beginn: WS 2004/2005
Philipps-Universität Marburg: „Master in Peace and Conflict Studies”, Juniorprofessur, Dr. Thorsten Bonacker Internet: http://www.uni-marburg.de/konfliktforschung/studium/ma/index.html	Beginn: WS 2004/2005
Postgradualer Masterstudiengang:	
Universität Hamburg: „Friedensforschung und Sicherheitspolitik/Master in Peace and Security Studies“ Internet: http://www.ifsh.de/IFSH/studium/mps.htm	Beginn: Oktober 2002
Strukturierte Promotionsförderung:	
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M. Internet: http://www.hsfk.de/	Beginn: November 2002
Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) Internet: http://www.ifsh.de/IFSH/studium/doktoranden.htm	Beginn: Oktober 2002
Zentrum für Konfliktforschung an der Universität Marburg Internet: http://www.uni-marburg.de/konfliktforschung/nachwuchsfoerderung/index.html	Beginn: Januar 2003
Stiftungsprofessur:	
Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ **Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung** Internet: http://www.uni-hamburg.de/fachbereiche-einrichtungen/znf/index.html	Beginn: voraussichtlich Herbst 2005

III. Transferaktivitäten und Veranstaltungen

Mit dem Auslaufen der ersten Forschungsprojekte aus den Förderrunden 2001 und 2002 kann die Stiftung nun auch ihrem Anspruch gerecht werden, die Vermittlung wissenschaftlicher Ergebnisse aus geförderten Projekten in die politische Praxis und Öffentlichkeit aktiv zu unterstützen. Für 2004 stellte der Stiftungsrat erstmalig Mittel bereit, um stiftungseigene Initiativprojekte durchführen zu können. Im Rahmen der Veranstaltungen sollen zum einen die Stiftungsaktivitäten vorgestellt werden, zum anderen tragen Projektnehmer der Stiftung Ergebnisse aus geförderten Projekten vor. Des weiteren sucht die DSF in Kooperation mit der Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB), die Projektnehmer untereinander zu vernetzen und einen verstärkten inter- und transdisziplinären Austausch zu befördern.

1. Fachgespräche

Im April 2004 nahm die Stiftung das Angebot von Bundesminister a. D. Dr. Wolfgang Schäuble (MdB) an, einen Abend im Rahmen des Jour Fixe zur Außen- und Sicherheitspolitik zu bestreiten.
Der Vorsitzende der Stiftung, Prof. Dr. Volker Rittberger, erläuterte bei dieser Gelegenheit die Entwicklung der Stiftungsaktivitäten und stellte die Förderschwerpunkte der DSF vor. Im Anschluss stellten Prof. Dr. Wolf-Dieter Eberwein, Universität Grenoble/WZB, und Prof. Dr. Christopher Daase, Brussels School of International Studies, University of Kent, ihre Thesen zum Thema „Neue Kriege – Herausforderungen für die Friedenspolitik“ im Kreis der anwesenden Fachpolitiker zur Diskussion. Am Ende des konstruktiven Meinungsaustausches hielten beide Seiten fest, dass der Dialog zu gegebener Zeit fortgesetzt werden soll.

Im Juni 2004 folgte ein Fachgespräch mit der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin. Auf Einladung der Stiftung stellten Projektnehmer der Stiftung ihre Forschungsergebnisse vor und beantworteten die Fragen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen.
Nach einem einführenden Beitrag des Vorsitzenden der DSF, Prof. Dr. Volker Rittberger, zum Stand und Umfang der Förderaktivitäten, führte Prof. Dr. Harald Müller, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und Mitglied des Stiftungsrates, in die aktuellen politischen und wissenschaftlichen Fragen des ersten Themenblocks „Neue Wege der Rüstungskontrolle“ ein.

Fachgespräch mit der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion (v.l.n.r. Dr. Jürgen Altmann, Prof. Dr. Harald Müller, Prof. Dr. Volker Rittberger)

Im Anschluss präsentierte Dr. Jürgen Altmann die Ergebnisse seiner DSF-geförderten Untersuchung „Präventive Rüstungskontrolle und Nanotechnologie“. Im zweiten Teil seines Vortrags gab Dr. Altmann einen kurzen Einblick in das laufende Forschungsprojekt zum Thema „Neue nicht-tödliche Waffen – Physikalische Analysen für vorbeugende Begrenzungen“, das ebenfalls von der DSF gefördert wird.

Zum zweiten Themenkomplex „Nach dem Krieg – gelingender oder misslingender Friede?“ führte Prof. Dr. Volker Matthies, Führungsakademie der Bundeswehr/Universität Hamburg, in die allgemeinen Grundfragen des Aufbaus von stabilen Friedensordnungen ein. Dr. Thorsten Stodiek, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), stellte im Anschluss erste Teilergebnisse des DSF-geförderten Projekts zum Thema „Die OSZE und der Aufbau multi-ethnischer Polizeien auf dem Balkan. Analyse eines bedeutenden Beitrags zum internationalen Post-Conflict Peacebuilding“ vor. In der anschließenden Diskussion wurden insbesondere die Implikationen der Forschungsergebnisse für eine proaktive Friedenspolitik erörtert. Auf große Zustimmung stieß der Vorschlag, die Herausforderungen für eine präventive Rüstungskontrolle, insbesondere durch die dynamischen Technologieentwicklungen, in einem vertiefenden Workshop zu erörtern.

Die Beiträge aus beiden Fachgesprächen sind in Heft 2 der stiftungseigenen Reihe „Forum DSF“ veröffentlicht.[7]

[7] Impulse für Friedensforschung und Politik. Stand und Weiterentwicklung der Stiftungsaktivitäten (= Forum DSF, Heft 2). Osnabrück 2004.

2. Parlamentarischer Abend

Mit ihrem ersten Parlamentarischen Abend in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft (DPG) in Berlin gelang es der DSF mit großem Erfolg, Themenstellungen der Friedensforschung in der Parlamentsöffentlichkeit zu präsentieren. Angesichts der überaus positiven Resonanz auf die Einladung der Stiftung, forderte die Schirmherrin der Veranstaltung, die Parlamentarische Staatssekretärin im BMZ und stellvertretende Präsidentin der DPG Dr. Uschi Eid, in ihrer Begrüßungsrede dazu auf, den Parlamentarischen Abend der DSF zu einer „guten Tradition“ in Berlin werden zu lassen.

Dr. Uschi Eid

An der nicht-öffentlichen Veranstaltung nahmen Mitglieder aller Parlamentsfraktionen, zahlreiche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus den Abgeordnetenbüros sowie geladene Vertreter aus Ministerien und wissenschaftlichen Einrichtungen teil, so dass der Saal in der DPG bis auf den letzten Platz gefüllt war.

Prof. Dr. Volker Rittberger

Der Vorsitzende der Stiftung, Prof. Dr. Volker Rittberger, stellte in seinem einführenden Beitrag die Stiftung und ihre Förderaktivitäten vor und warb für einen konstruktiven Dialog zwischen Friedensforschung und Politik.
Für die inhaltliche Gestaltung des Parlamentarischen Abends wählte die Stiftung den im Mai von der Bundesregierung verabschiedeten „Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, der bis dahin kein allzu großes Echo in der wis-

senschaftlichen und politischen Öffentlichkeit gefunden hatte. Zum Thema „Der deutsche Beitrag zur zivilen Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung aus der Sicht der Friedensforschung“ hatte die Stiftung drei Wissenschaftler und eine Wissenschaftlerin aus dem Kreis der Stiftungsorgane und Projektnehmer eingeladen, den Aktionsplan aus unterschiedlichen Perspektiven kritisch zu hinterfragen.

Die Moderation des Podiums übernahm Dr. Theo Sommer, Editor-at-Large DIE ZEIT und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates der DSF.

Dr. Theo Sommer

Dr. Tobias Debiel

Der wissenschaftliche Geschäftsführer des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg-Essen, Dr. Tobias Debiel, skizzierte in seinem Beitrag die dem Aktionsplan zugrunde liegenden Zielsetzungen und gab einen zusammenfassenden Einblick in die Struktur des Plans, der mit 161 aufgelisteten Einzelmaßnahmen eine schier unüberschaubare Fülle aufweist.
Im Anschluss setzte sich Prof. Dr. Lothar Brock, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), mit dem im Aktionsplan zugrunde gelegten „erweiterten Sicherheitsbegriff“ auseinander.

Prof. Dr. Lothar Brock

Dr. Martina Fischer

Dr. Martina Fischer, Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung Berlin, fragte in ihrem Beitrag nach den Instrumenten der Umsetzung im Aktionsplan, um über eine reine Bestandsaufnahme von Maßnahmen hinaus zu gelangen. Prof. Dr. Herbert Wulf, ehemaliger Leiter des Bonn International Center for Conversion (BICC), lenkte die Aufmerksamkeit auf die Maßnahmen im Aktionsplan, die der Eindämmung von Gewaltökonomien und kriegsökonomischen Fragen zuzuordnen sind. Aus völkerrechtlicher Perspektive analysierte der Beitrag von Prof. Dr. Thilo Marauhn, Universität Gießen, den Aktionsplan.

Prof. Dr. Herbert Wulf

Prof. Dr. Thilo Marauhn

An die Podiumsbeiträge schloss sich eine lebhafte Diskussion über die aufgeworfenen Fragen an. Die Initiative der Stiftung, das Thema in der parlamentarischen Öffentlichkeit fachkundig zu präsentieren, wurde von den Teilnehmern und Teilnehmerinnen positiv gewürdigt.
Im Nachgang zum Parlamentarischen Abend boten die Herausgeber der Fachzeitschrift „Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization“ an, die Beiträge der Veranstaltung zum Aktionsplan in einem Themenheft zusammenzufassen. Die ausgearbeiteten Vorträge werden in Heft 3-4/2004 der Zeitschrift veröffentlicht.[8]

3. Interdisziplinäre Forschungsworkshops

Zu den neuen Eigeninitiativen der Stiftung im Jahr 2004 zählen die in Kooperation mit der Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB) erstmalig durchgeführten interdisziplinären Forschungsworkshops. Ziel der Veranstaltungen ist es, die Projektnehmer und Projektnehmerinnen der Stiftung, die an affinen Themenstellungen arbeiten, miteinander zu vernetzen und einen inter- und transdisziplinären Forschungsdiskurs zu initiieren. Darüber hinaus bieten die Workshops eine Gelegenheit, die Forschungskonzeptionen wie auch die Ergebnisse einer konstruktiv-kritischen Diskussion zu unterziehen.

Für den 26. Januar 2004 luden die DSF und die AFB Projektnehmer und -nehmerinnen, die sich mit dem Forschungsgebiet der Medien befassen, zu einem ersten Pilotprojekt unter dem Thema „Medien des Kriegs – Medien des Friedens? Friedensforschung und Medien im Spannungsfeld von Theorie und Praxis“ in den „Wissenschaftsladen“ nach Bonn ein. Die Resonanz war überaus positiv, so dass der eintägige Workshop kaum ausreichte, die vielfältigen Forschungsfragen zu erörtern. Aus dem Kreis der Teilnehmer und Teilnehmerinnen wurden insgesamt sieben Projekte vorgestellt und diskutiert. Auch unter dem Aspekt der Vernetzung erwies sich diese erste Veranstaltung bereits als guter Erfolg.

Am 3. und 4. Dezember 2004 luden DSF und AFB zu einem weiteren interdisziplinären Workshop in das Hanns-Lilje-Haus nach Hannover ein. Zum Thema „Aufbau von Friedensordnungen – Empirische Grundlagen, Konzepte, Perspektiven“ stellten zehn durch die DSF geförderte Projektnehmer und -nehmerinnen unter der fachkundigen Moderation von Dr. Ulrich Schneckener, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin (SWP), und Dr. Jochen Hippler, Institut für Entwicklung und Frieden an der Universität Duisburg-Essen (INEF), ihre Projekte vor. Die Moderatoren fassten die Ergebnisse des Workshops in einem Bericht zusammen, der in den Publikationen von AFB und DSF veröffentlicht wird.

4. Vernetzung der Stiftung in Wissenschaft und Öffentlichkeit

Im Jahr 2004 nutzte die Stiftung eine Reihe von Gelegenheiten, um in einen aktiven Dialog zwischen der Stiftung und der Forschungs-Community zu treten. Auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) erläuterten der Vorsitzende der Stiftung, Prof. Dr. Volker Rittberger, und der Geschäftsführer, Dr. Thomas Held, auf dem Jahreskolloquium 2004 (20.-22.02.2004) die Aufgaben und Zielsetzungen der Stiftung. Unter dem Titel „Friedensforschung in Deutschland. Die Fördertätigkeit der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF)“ zogen sie eine Bilanz der Förderaktivitäten der Stiftung sowohl in der Projekt- als auch in der Struktur- und Nachwuchsförderung. Sie

[8] Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization 79 (2004), 3-4. Schwerpunktthema: Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ der Bundesregierung.

machten zudem deutlich, dass die Förderpraxis der Stiftung sich an den begrenzten finanziellen Handlungsspielräumen orientieren müsse. In der anschließenden Podiumsdiskussion zu den Perspektiven der Friedensforschung in Deutschland, an der Prof. Rittberger und Vertreter der AFK-Arbeitskreise teilnahmen, wurde eine Vielzahl von Fragen zur zukünftigen Ausrichtung der Förderpraxis der DSF aufgeworfen. Prof. Rittberger bedankte sich für die zahlreichen Anregungen und Hinweise, die die Stiftung nach Möglichkeit gerne aufgreifen werde.

Ein weiteres Forum für den Dialog zwischen der Friedensforschung und der Stiftung bildete die Herbsttagung des Forschungsverbunds Naturwissenschaft, Abrüstung und internationale Sicherheit (FONAS), die vom 27.-29.09.2004 im Steinwerk Ledenhof in Osnabrück stattfand. Prof. Rittberger würdigte die wissenschaftlichen Leistungen der Forschungsgruppe und wies darauf hin, dass die DSF-geförderten Projekte zur naturwissenschaftlichen Friedensforschung einen nicht unerheblichen Anteil am Gesamtfördervolumen der Stiftung ausmachen.
Die Stiftung leiste zudem mit der Einrichtung der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur einen grundlegenden Beitrag, die naturwissenschaftliche Friedensforschung erstmalig an einer deutschen Hochschule institutionell und dauerhaft zu verankern. Die Stiftung gehe davon aus, dass an der Universität Hamburg ein interdisziplinäres Kompetenzzentrum entstehen werde, das auch in den internationalen Bereich ausstrahle. Im weiteren wurden die Perspektiven der Forschungsförderung auf dem Gebiet der naturwissenschaftlichen Friedensforschung erörtert, deren Ergebnisse angesichts der aktuellen Herausforderungen – z. B. Proliferationsgefahren bei Massenvernichtungswaffen und neue Technologienentwicklungen – von zunehmender Bedeutung für die politische Praxis sein werden.

Ein öffentliches Forum für die Präsentation der Stiftung bot der 12. Deutsche Jugendhilfetag, der vom 2.-4.6.2004 unter dem Motto „Leben lernen“ in Osnabrück stattfand. Auf einem eigenen Stand informierte die Stiftung über ihre Aufgaben und Förderaktivitäten. In Kooperation mit dem Institut für Friedenspädagogik Tübingen stellte die Geschäftsstelle insbesondere Materialien zur Friedenspädagogik zusammen, die bei den Besucherinnen und Besuchern des Jugendhilfetages auf großes Interesse stießen.

Die DSF präsentierte sich auf dem 12. Deutschen Jugendhilfetag in Osnabrück

Die Aktivitäten zur Vernetzung der Stiftung mit anderen deutschen Einrichtungen der Forschungsförderung fanden auch 2004 eine Fortsetzung.
Dem Erfahrungs- und Informationsaustausch dienten Termine bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der VolkswagenStiftung und dem Stifterverband der deutschen Wissenschaft.
Des weiteren knüpfte die DSF Kontakte zu Kooperationspartnern in verschiedenen Ministerien, dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesministerium für Verteidigung sowie zu den Fachpolitikern der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien. Mit der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, führte der Vorsitzende ein Gespräch über die zukünftige Entwicklung der Stiftung.

Am 16. Februar 2004 besuchte der niedersächsische Ministerpräsident, Christian Wulff, die Deutsche Stiftung Friedensforschung. Im Steinwerk Ledenhof informierte er sich über die Aufgaben und Förderaktivitäten der Stiftung und zeigte sich an einer Kooperation auf Landesebene sehr interessiert. Die Möglichkeiten, die Friedens- und Konfliktforschung im Land Niedersachsen dauerhaft zu etablieren, war auch Gegenstand von Gesprächen mit dem niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kultur, Lutz Stratmann, sowie mit den Vertretern der im Landtag vertretenen politischen Parteien.

Am Sitz der Stiftung intensivierte der Vorsitzende Prof. Rittberger die Kontakte zur Stadt und zur Universität Osnabrück.
Gemeinsame Veranstaltungen im Steinwerk Ledenhof führte die Stiftung u. a. mit dem Büro für Friedenskultur der Stadt Osnabrück, der Remarque-Gesellschaft, der Bürgerstiftung Osnabrück und dem Literaturbüro Westniedersachsen durch.

Im Oktober 2005 jährt sich zum fünften Mal das Gründungsdatum der Deutschen Stiftung Friedensforschung. Die ursprünglich für Anfang November geplanten Jubiläumsveranstaltungen mussten aus terminlichen Gründen in das Frühjahr 2006 verschoben werden. Die Stiftung bestimmte den fünften Jahrestag der Konstituierenden Sitzung des Stiftungsrates, den 27. April 2006, als geeigneten Termin für die Feierlichkeiten. Aus diesem Anlass lädt die Stiftung zu einem Festakt ein. Außerdem werden die Stiftungsgremien zusammentreten. Für den 28. und 29. April ist ein internationales Symposion zur Friedensforschung in Vorbereitung.

Steinwerk Ledenhof

IV. Aufgaben und Struktur der Stiftung

Aufgaben und Ziele der Deutschen Stiftung Friedensforschung wie auch die Organstruktur werden durch die Satzung bestimmt. Die Stiftung verfolgt den in § 2 (1) festgelegten Zweck, „die Friedensforschung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Bedeutung gemäß insbesondere in Deutschland dauerhaft zu stärken und zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen“. Sie führt keine eigenen wissenschaftlichen Untersuchungen durch, sondern verwirklicht den Stiftungszweck durch die Förderung und Initiierung wissenschaftlicher Vorhaben, die Durchführung nationaler und internationaler wissenschaftlicher Konferenzen und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Die Stiftung hat die Rechtsform einer Stiftung bürgerlichen Rechts mit Sitz in Osnabrück. Sie ist als gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung anerkannt.

1. Stiftungsrat

Der Vorstand der Stiftung ist der Stiftungsrat, dem insgesamt 15 Personen angehören. Seine Mitglieder werden von der Stifterin berufen. Ihre Mandatszeit läuft über einen Zeitraum von fünf Jahren. Eine einmalige Wiederernennung ist möglich.

Der Stiftungsrat legt die Leitlinien der Förderung fest und entscheidet über die Vergabe der Fördermittel. Er erstellt den jährlichen Wirtschaftsplan und legt eine Jahresrechnung und einen Jahresbericht vor. Der Stiftungsrat wird durch den Vorsitzenden und/oder die stellvertretenden Vorsitzenden vertreten. Gemeinsam bilden diese den Geschäftsführenden Vorstand der DSF. Vorsitzender der Stiftung ist seit September 2003 Prof. Dr. Volker Rittberger, stellvertretende Vorsitzende sind Staatssekretär Wolf-Michael Catenhusen und Christiane Lammers.
Der Stiftungsrat kam im Jahr 2004 zu drei Sitzungen zusammen, der Geschäftsführende Vorstand zu insgesamt sieben Sitzungen.

Die Zusammensetzung des Stiftungsrates folgt den Bestimmungen der Satzung. Hiernach gehören ihm vier Vertreter/Vertreterinnen der Bundesregierung, drei Mitglieder des Deutschen Bundestages und acht Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an, darunter ein Vertreter/eine Vertreterin der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).

Im Jahr 2004 setzte sich der Stiftungsrat der Deutschen Stiftung Friedensforschung aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Ernst-Reinhard Beck
OStDir. a. D.; Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU), Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung, stellvertretendes Mitglied des Verteidigungsausschusses

Prof. Dr. theol. Gerhard Beestermöller
Stellvertretender Direktor des Instituts für Theologie und Frieden, Barsbüttel bei Hamburg

Wolf-Michael Catenhusen (stellvertretender Vorsitzender)
Staatssekretär, Bundesministerium für Bildung und Forschung

Prof. Dr. Leonie Dreschler-Fischer
Fachbereich Informatik der Universität Hamburg

Dr. Uschi Eid
Parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, G8-Afrikabeauftragte des Bundeskanzlers, Mitglied des Deutschen Bundestages (Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. Martina Fischer
Politikwissenschaftlerin, stellvertretende Leiterin des Berghof Forschungszentrums für konstruktive Konfliktbearbeitung Berlin

Walter Kolbow
Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), Parlamentarischer Staatssekretär, Bundesministerium der Verteidigung, Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD)

Christiane Lammers (stellvertretende Vorsitzende)
Landesarbeitsgemeinschaft Friedenswissenschaft in Nordrhein-Westfalen, FernUniversität Hagen

Prof. Dr. Harald Müller
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK); Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Frankfurt a. M.

Kerstin Müller
Staatsministerin, Auswärtiges Amt, Mitglied des Deutschen Bundestages (Bündnis 90/Die Grünen)

Winfried Nachtwei
Mitglied des Deutschen Bundestages (Bündnis 90/Die Grünen), Mitglied des Verteidigungsausschusses, Mitglied des Unterausschusses Abrüstung, Verantwortlicher der Fraktion für Krisenprävention

Prof. Dr. Volker Rittberger (Vorsitzender)
Professor für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Eberhard Karls Universität Tübingen; Mitglied des VN-politischen Beirats des Auswärtigen Amtes und des Arbeitskreises Friedens- und Konfliktforschung beim Planungsstab des Auswärtigen Amtes

Heinz Schmitt
Diplom-Wirtschaftsingenieur, Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung

Prof. Dr. Dr. h.c. Rüdiger Wolfrum
Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht; Professor an der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg; Richter am Internationalen Seegerichtshof Hamburg

Prof. Dr. Herbert Wulf
Leitete bis Ende 2001 das Internationale Konversionszentrum Bonn – Bonn International Center for Conversion (BICC); derzeit Forschungsprojekt zur Privatisierung und Internationalisierung in den Streitkräften; Berater des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) in Nordkorea

Im Berichtsjahr ging die Laufzeit der beiden dreijährigen Mandate zu Ende. Im April 2004 verlängerte die Stifterin das Mandat von Prof. Dr. Leonie Dreschler-Fischer um fünf Jahre. Dr. Ulrich Ratsch, Forschungsstelle der evangelischen Studiengemeinschaft (FESt), schied aus dem Stiftungsrat aus. Für ihn rückte Prof. Dr. Gerhard Beestermöller, Institut für Theologie und Frieden (IThF), in das Gremium nach.
Die Stiftung dankt Dr. Ratsch für seine engagierte Mitarbeit im Stiftungsrat.

2. Wissenschaftlicher Beirat

Die Satzung eröffnet der Stiftung die Möglichkeit, einen Wissenschaftlichen Beirat zu berufen. Dieser berät den Stiftungsrat und den Stiftungsvorstand insbesondere in Fragen der inhaltlichen Ausrichtung der Forschungsförderung und der Vermittlung der aus den geförderten Projekten hervorgehenden Forschungsergebnisse. Die Mitglieder stehen der Stiftung außerdem für gutachterliche Tätigkeiten zur Verfügung. Die Geschäftsordnung des Stiftungsrates legt fest, dass der Beirat bis zu 20 Personen umfassen kann. Die Mandatszeit beträgt drei Jahre.

Auf seiner Sitzung vom 11. März 2004 berief der Stiftungsrat der DSF Dr. Theo Sommer, Editor-at-Large DIE ZEIT, zum Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirates. Dr. Sommer ist nicht nur als langjähriger Chefredakteur von DIE ZEIT bekannt geworden, sondern war auch in der Wissenschaft und in politischen Institutionen und Gremien tätig, so. z. B. als Leiter des Planungsstabes im Verteidigungsministerium 1969/70 und als Mitglied der Weizsäcker-Kommission zur Reform der Bundeswehr. Er gilt als sachkundiger Experte in Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Der Stiftungsrat zeigte sich hocherfreut über die Zusage Dr. Sommers, die ihm angetragene Aufgabe zu übernehmen.

In den Wissenschaftlichen Beirat berief die Stiftung 15 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus verschiedenen Fachdisziplinen, die zu Themen der Friedens- und Konfliktforschung arbeiten. Ihm gehören folgende Personen an:

Vorsitz:
Dr. Theo Sommer
Editor-at-Large DIE ZEIT

Stellvertretende Vorsitzende:
Prof. Dr. Kathryn Nixdorff
Technische Universität Darmstadt
Institut für Mikrobiologie und Genetik

Prof. Dr. Michael Diehl
Universität Tübingen
Zentrum für Konfliktmanagement
Psychologisches Institut

Prof. Dr. Georg Elwert
Freie Universität Berlin
Institut für Ethnologie

Prof. Dr. Susanne Feske
Universität Münster
Institut für Politikwissenschaft

Prof. Dr. Horst Fischer
Ruhr-Universität Bochum
Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV)

Prof. Dr. Wolfgang Frindte
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Institut für Psychologie

Dr. Corinna Hauswedell
Bonn International Center for Conversion (BICC)

Dr. Ulrike Kronfeld-Goharani
Schleswig-Holsteinisches Institut für Friedensforschung (SCHIFF)

Prof. Dr. Birgit Mahnkopf
Fachhochschule für Wirtschaft Berlin

Prof. Dr. Thilo Marauhn, M. Phil.
Justus-Liebig-Universität Gießen
Academia Juris Internationalis

Prof. Dr. Angela Mickley
Fachhochschule Potsdam
Fachbereich Sozialwesen

Dr. Götz Neuneck
Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Dr. Ulrich Ratsch
Forschungsstätte der Evangelischen
Studiengemeinschaft Heidelberg (FESt)

Prof. Dr. Dr. h. c. Dieter Senghaas
Universität Bremen
Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS)

Am 24. Juni 2004 trat der Wissenschaftliche Beirat der DSF zu seiner Konstituierenden Sitzung in Osnabrück zusammen.

Prof. Volker Rittberger dankte den Mitgliedern für ihre Bereitschaft, das Ehrenamt zu übernehmen und äußerte seine Überzeugung, dass eine produktive Zusammenarbeit bevorstehe.
Prof. Rittberger erläuterte in seinem einführenden Beitrag die Aufgaben und Zielsetzungen der DSF und zog eine Bilanz der bisherigen Förderpraxis. Anschließend wurden die Aufgaben des Wissenschaftlichen Beirates erörtert. Als stellvertretende Vorsitzende wählten die Anwesenden Prof. Dr. Kathryn Nixdorff, TU Darmstadt.

Aus Anlass der Konstituierenden Sitzung des Beirates hielt Dr. Theo Sommer einen öffentlichen Vortrag im Historischen Rathaus in Osnabrück. Hierin befasste er sich mit dem Thema „Venus, Mars und Kant: Die Staatengemeinschaft zwischen Ewigem Frieden und ewigen Chaos“. Die Beiträge von Prof. Rittberger und Dr. Sommer wurden in Heft 2 der

stiftungseigenen Reihe „Forum DSF“ veröffentlicht.[9]

Dr. Theo Sommer, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates

3. Die Geschäftsstelle der Stiftung in Osnabrück

Der Sitz der Deutschen Stiftung Friedensforschung befindet sich in Osnabrück. Die Geschäftsstelle der Stiftung, die seit August 2001 durch ihren Geschäftsführer, Dr. Thomas Held, geleitet wird, ist im Steinwerk Ledenhof untergebracht.
Das Team der Geschäftsstelle bilden ferner Sabine Podranski, die das Aufgabengebiet Sekretariat und Sachbearbeitung betreut, sowie Petra Menke, die für die Buchführung der Stiftung zuständig ist.
Angesichts des erhöhten Arbeitsaufwandes und der Übernahme neuer Aufgabenbereiche stimmte der Stiftungsrat auf seiner Sitzung am 21. Oktober 2004 zu, die Stelle für Sekretariat und Sachbearbeitung auf eine 100-Prozent-Stelle aufzustocken. Für die Buchhaltung steht eine 50-Prozent-Stelle zur Verfügung.

Die Geschäftsstelle bereitet die Sitzungen der Stiftungsorgane vor und führt deren Beschlüsse aus. Sie bereitet den Wirtschaftsplan, die Jahresrechnung und den Tätigkeitsbe-

[9] „Venus, Mars und Kant: Die Staatengemeinschaft zwischen Ewigem Frieden und ewigem Chaos“. In: Impulse für Friedensforschung und Politik. Stand und Weiterentwicklung der Stiftungsaktivitäten (=Forum DSF, Heft 2). Osnabrück 2004, S. 15-25.

richt vor. Die Geschäftsstelle übernimmt zudem Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit und organisiert die Veranstaltungen der Stiftung. Schließlich betreut sie auch die stiftungseigenen Veröffentlichungen „Jahresberichte“, „Forum DSF“ und „Forschung DSF“. Wichtige Informationen zur Antragstellung sowie zu geförderten Projekten und aktuellen Themen

finden sich auf der Internetpräsenz der Stiftung unter:

www.bundesstiftung-friedensforschung.de

Ende 2004 kamen auch die Vorbereitungen zum Abschluss, die Stiftung mit einem eigenen Logo auszustatten. Der Geschäftsführende Vorstand der Stiftung nahm den Entwurf des Osnabrücker Grafikers und Künstlers Jens Raddatz an.
Das neue Markenzeichen wurde im Dezember 2004 erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt: Fächerartig zueinander stehende orangefarbene Balken, die um den Namen der Stiftung in deutscher und englischer Sprache ergänzt werden:

DSF Deutsche Stiftung Friedensforschung
german foundation for peace research

Die Komposition stellt ein Zitat aus der markanten Gebäudestruktur des Stiftungssitzes Steinwerk Ledenhof dar und ist nicht zuletzt auch aufgrund seiner Schlichtheit gut geeignet, ein unverwechselbares Erkennungsmerkmal der Stiftung zu werden.

V. Finanz- und Wirtschaftsbericht

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung verfügt über ein Gründungskapital in Höhe von 25,56 Mio. Euro. Für die Finanzierung des Programms zur Struktur- und Nachwuchsförderung, das aus den laufenden Erträgen nicht abgedeckt werden kann, macht die DSF in begrenztem Umfang von der Satzungsregelung Gebrauch, einen Teil des Stiftungsvermögens zu verzehren.
Im Jahr 2004 ist es der Stiftung gelungen, über eine Aufstockung des Stiftungskapitals aus dem Bundeshaushalt zumindest einen Teil des Substanzverlustes wieder auszugleichen. Die DSF dankt den Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, für ihre Unterstützung.

Die finanzielle und wirtschaftliche Situation stellt sich zum Jahresende 2004 wie folgt dar:

Die Bilanzsumme zum 31.12.2004 beträgt 27,57 Mio. Euro.
Auf der Aktivseite umfasst das Anlagevermögen 25,26 Mio. Euro. Es besteht vor allem aus Wertpapieren (25,19 Mio. Euro).
Das Umlaufvermögen ist im Vergleich zum Vorjahr weiter zurückgegangen und beträgt 2,31 Mio. Euro. Der Wertpapierbestand des Umlaufvermögens wurde aufgelöst. Die Höhe der liquiden Mittel zum 31.12.2004 resultiert aus Investitionsprozessen im Portfolio.

Die Förderverpflichtungen setzen sich im Jahr 2004 folgendermaßen zusammen:

Auf Neubewilligungen im Bereich der Forschungsförderung entfielen 692 Tsd. Euro.

Im Bereich der Struktur- und Nachwuchsförderung wurde im Jahr 2004 die Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ mit einem Förderbetrag in Höhe von 1,25 Mio. Euro bewilligt. Die Förderung erstreckt sich über fünf Jahre.
Nach Abzug der zur Verfügung gestellten Mittel verbleiben Forschungsprojektverbindlichkeiten in Höhe von 758,15 Tsd. Euro und Verbindlichkeiten im Rahmen der Struktur- und Nachwuchsförderung in Höhe von 3,68 Mio. Euro.

Ertragsrechnung für die Zeit vom 01.01.2004 bis 31.12.2004

I. Erträge aus Vermögensverwaltung	**1.211.575,23 €**
1. Erträge aus Wertpapieren des Anlagevermögens	865.363,92 €
2. Zinsen aus Festgeldern u. ä.	28.533,88 €
3. Finanzergebnis (aus Verkauf Finanzanlagen)	317.677,43 €
4. Sonstige Erträge	0,00 €
II. Aufwendungen aus Vermögensverwaltung	**136.140,00 €**
1. Depot- und Managementgebühren Banken	116.333,20 €
2. Abschreibungen auf Finanzanlagen	15.839,01 €
3. Steuern vom Einkommen und Ertrag, insbes. Kap.ertr. St.	3.967,79 €
III. Ergebnis aus Vermögensverwaltung	**1.075.435,23 €**
IV. Erträge aus Verwaltung	**15.978,25 €**
1. Auflösung Sonderposten für den Umbau	11.566,83 €
2. Sonstige Erträge, insbes. aus der Vermietung Renaissance-Saal	4.411,42 €
V. Aufwendungen aus Verwaltung	**192.878,05 €**
1. Personalaufwendungen	113.201,80 €
2. Abschreibungen auf Sachanlagen	14.779,29 €
3. Sonstiger betrieblicher Aufwand (Sachaufwendungen)	64.896,96 €
VI. Ergebnis aus Verwaltung	**-176.899,80 €**
VII. Jahresergebnis vor Verwendung	**898.535,43 €**
VIII. Ergebnisverwendung	
1. Forschungsprojektförderung - Neubewilligungen	692.057,40 €
2. Projektförderung - Evaluierung und Eigenpublikationen	3.291,99 €
3. Mittelrücklauf Projektförderung	46.363,66 €
4. Nachwuchsförderung - Neubewilligungen	1.253.794,00 €
5. Nachwuchsförderung - begleitende Maßnahmen	1.234,10 €
6. Mittelrücklauf Nachwuchsförderung	86.067,34 €
7. Wissenschaftliche Eigeninitiativen	5.343,83 €
Summe	**1.823.290,32 €**
VIII. Jahresergebnis	**-924.754,89 €**

Bilanz zum 31.12.2004

Aktiva	**27.573.443,57 €**
A. Anlagevermögen	**25.263.098,18 €**
I. Sachanlagen	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	74.330,56 €
II. Finanzanlagen	
Wertpapiere des Anlagevermögens	25.188.767,62 €
B. Umlaufvermögen	**2.310.345,39 €**
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	
Forderungen, insbes. aus Zinsansprüchen	340.778,08 €
Sonstige Vermögensgegenstände (Restlaufzeit kürzer als ein Jahr)	5.423,95 €
II. Wertpapiere	
sonstige Wertpapiere	0,00 €
III. Liquide Mittel	1.964.143,36 €

Passiva	**27.573.443,57 €**
A. Eigenkapital	**22.508.227,69 €**
I. Stiftungskapital	23.964.799,29 €
II. Ergebnisrücklagen	0,00 €
III. Verlustvortrag	-531.816,71 €
IV. Jahresfehlbetrag	-924.754,89 €
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	**68.068,95 €**
C. Rückstellungen	**9.059,11 €**
D. Verbindlichkeiten	**4.988.087,82 €**
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	441.835,30 €
II. Zusagen Projektförderung	758.154,64 €
III. Zusagen Nachwuchsförderung	3.676.240,00 €
IV. Sonstige Verbindlichkeiten	111.857,88 €

INTECON

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) für das Haushaltsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2004 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen gesetzlichen Vorschriften für Jahresabschlüsse von Stiftungen und den ergänzenden Regelungen in der Stiftungssatzung liegen in der Verantwortung des Geschäftsführers und des Stiftungsrates der DSF. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen: Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der DSF sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze unter Berücksichtigung stiftungsbezogener Besonderheiten und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stiftung.

Osnabrück, den 29. März 2005

INTECON GMBH WIRTSCHAFTS-PRÜFUNGS-GESELLSCHAFT SIEGEL WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT OSNABRÜCK

INTECON
GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Börner)
Wirtschaftsprüfer

(Illies)
Wirtschaftsprüfer

VI. Anhang

A. Zusammenfassende Darstellungen der im Jahr 2004 in die Förderung aufgenommenen Forschungsprojekte

Die De-/Konstruktion von Krieg in der internationalen meinungsführenden Presse: Der ‚Fall' Irak (2003)	
Projektleiterin: Prof. Dr. Una Dirks	Universität Hildesheim Abteilung für Englische Sprache und Kultur
Laufzeit: 24 Monate Juni 2004 - Mai 2006	

Das beantragte Forschungsprojekt untersucht im Rahmen einer kulturtheoretisch bedeutungsorientierten Relationierung von Wissen – Struktur – Sprach-/Handeln die folgende Fragestellung:

- Wie geht die international meinungsführende Presse in den USA *(New York Times, Washington Post)*, in Kanada *(The Toronto Star, The Globe & Mail)*, Großbritannien *(The Independent, The Times)* und in der BRD *(FAZ, SZ)* mit dem von der „Koalition der Willigen" geführten Krieg gegen den Irak um?

Von besonderem Interesse ist für uns, wie Akteure der Printmedien im Rahmen welcher kommunikativen Gattungen die öffentliche Meinungsbildung zum Irak-Krieg zu beeinflussen versuchen, aufgrund welcher Struktureffekte bisherige Darstellungspraktiken ggf. einem *Re-Framing* unterzogen werden und welche Diskurskulturen der Kriegsberichterstattung (einschließlich der Vor- und Nachkriegsphase) sich diachron und synchron rekonstruieren lassen. Die von uns berücksichtigten *Critical Discourse Moments* (CDM's) liegen im Zeitraum zwischen dem 11.09.2001 und (voraussichtlich) dem Eingeständnis des stellvertretenden US-Verteidigungsministers Wolfowitz Anfang Juni 2003, dass Angaben zur Existenz irakischer Massenvernichtungswaffen manipuliert worden seien, um die Akzeptanz des Krieges zu steigern.
Die Bearbeitung unserer Fragestellung erfolgt mithilfe einer Verknüpfung zweier wissenssoziologisch fundierter Forschungsverfahren: Mit der kommunikativen Gattungsanalyse (n. Thomas Luckmann, Susanne Günthner, Hubert Knoblauch) und der Dokumentarischen Methode (n. Karl Mannheim). Auf diese Weise versuchen wir, mikro- und makrotheoretische, struktur- und sprach-/handlungstheoretische Erkenntnisdimensionen soweit wie möglich miteinander zu verschränken, sprachimmanente und intentional expressive Sinnebenen vermittels dokumentarischer und soziohistorischer Einsichten zu transzendieren.

<u>Erwartete Forschungsergebnisse</u>

- Mit Ausnahme einiger punktueller, quantitativ orientierter Pressetextvergleiche zur Auslandsberichterstattung zwischen verschiedenen Ländern liegen nach unseren Recherchen bisher keine umfassenderen, international vergleichenden Untersuchungen von Presseorganen zur Kriegsberichterstattung vor. In unserem Vorhaben soll diese Forschungslücke bearbeitet und damit ein vertiefter Einblick in globale Kommunikationszusammenhänge bzw. in international konstruierte Gemeinsamkeiten und Differenzen geschaffen werden.

- Im Anschluss an unsere ersten Pressetextanalysen zeichnet sich bereits eine bedeutende Diskrepanz zwischen einer anhaltend kritischen und eher akzeptanzhinderlichen Berichterstattung in den von uns herangezogenen europäischen und kanadischen Presseorganen gegenüber einer eher akzeptanzförderlichen Berichterstattung der US-amerikanischen Zeitungen zum Irak-Krieg ab. Sollte sich dieser Eindruck bestätigen, werden wir im Gegensatz zu bisherigen Pressetextanalysen voraussichtlich eine Vielzahl von Darstellungspraktiken herausarbeiten können, die sich um die Dekonstruktion von Krieg und die Erfüllung friedensstiftender Zielsetzungen bemühen. Diesbezügliche Erkenntnisse sollen für die Formulierung von Leitlinien für die Journalisten-Ausbildung genutzt werden: Mit Verweis auf friedensstiftende und -sichernde Handlungspraktiken wollen wir Wege aufzeigen, wie ein professioneller Journalismus einen Beitrag zur Konfliktvermeidung und Kriegsprävention leisten könnte.

- Schließlich sollen die untersuchten Pressediskurse im Anschluss an die Kompetenzstufen des PISA-Tests für friedenspädagogische Unterrichtseinheiten aufbereitet werden, insbesondere für die Fächer Deutsch, Politik/Sozialkunde und Englisch der Jahrgänge 9 bis 13 bzw. für fächerübergreifende Projekte. Dabei geht es uns auf der Basis einer postmodernen bildungstheoretischen Rahmung um die umfassende Förderung eines gesellschaftskritischen Textverstehens (vgl. Dirks 2003), das nicht zuletzt aufgrund der im PISA-Test dokumentierten, mangelhaften Verstehenskompetenzen bundesdeutscher SchülerInnen besonderer Fördermaßnahmen bedarf.

<u>Originalität des Vorhabens</u>

- Um den bereits von Max Weber (1911) formulierten Anspruch einer mikro- und makrotheoretischen Erkenntnisgenerierung zu den Produktionsbedingungen und Handlungslogiken des Zeitungsjournalismus zu bearbeiten, führen wir neben dem Schwerpunkt unserer Forschungsarbeit, den Pressetextanalysen, zum einen narrativ fokussierte Interviews mit den – in den einzelnen Tageszeitungen – am häufigsten genannten JournalistInnen des politischen Ressorts bzw. der Kriegsberichterstattung durch und erheben zum anderen ethnographische Aufzeichnungen zu den Arbeitsabläufen in den Verlagshäusern. Das ‚deutende Verstehen' der ‚inneren Bedingungen' der JournalistInnen und das ‚ursächliche Erklären' bezüglich kausalfunktionaler Zusammenhänge zwischen journalistischem Handeln und daraus hervorgehenden Struktureffekten soll uns zu einem ‚verstehenden Erklären' (Weber 1982/1904) der komplexen Wirkungszusammenhänge der Berichterstattung zum bevorstehenden bzw. geführten Krieg gegen den Irak verhelfen. Dieser kulturtheoretische Forschungsansatz (s. Kap. 3) ist u. W. bisher in keinem Medienforschungsprojekt systematisch verfolgt worden.

- Die bisher kaum für Pressediskurse angewandte kommunikative Gattungsanalyse und Dokumentarische Interpretation ermöglicht eine neue Grundlegung unseres Textverständnisses, das auch der Hybridität heutiger Pressetexte und dem Trend zu hypertextartigen Clusterbildungen von Bildern, Texten und Graphiken besser gerecht wird.

Neue nicht-tödliche Waffen – physikalische Analysen für vorbeugende Begrenzungen	
Projektleiter: Prof. Dr. Dieter Suter	Universität Dortmund Experimentelle Physik III
Laufzeit: 22 Monate Mai 2004 - Februar 2006	

Forschung und Entwicklung für neue nicht-tödliche Waffen sind seit den 1990er Jahren erheblich verstärkt worden. Nicht-tödliche Waffen sollen dem Militär und Ordnungskräften neue Einsatzmöglichkeiten eröffnen. Dabei ist zwischen bewaffnetem Konflikt, Friedenseinsatz, Einsatz gegen Menschenmengen und Einsatz gegen Verbrecher zu unterscheiden. In einigen Fällen ist die Grenze zu tödlicher Wirkung fließend. Forschung und Entwicklung für neue nicht-tödliche Waffen sind i. d. R. nicht offen, und Ergebnisse werden nicht nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten publiziert; für manche Technologien sind einige Informationen zugänglich.
Für die Beurteilung unter Gesichtspunkten des Kriegsvölkerrechts, der Rüstungskontrolle, der Menschenrechte usw. sind fundierte Kenntnisse über die Eigenschaften neuer Arten nicht-tödlicher Waffen unerlässlich. Das Projekt soll diese Kenntnisse für fünf physikalische Technologien erarbeiten: Mikrowellen zum Aufheizen der Haut, eine taktische Laserwaffe mit 20 km Reichweite, eine Pulslaserwaffe für mechanischen Stoß, einen eng gebündelten akustischen Strahl und Wirbelringe.

Für jede Technologie sollen

- die militärische Forschung und Entwicklung zusammengestellt werden (mit Schwerpunkt USA),
- die Eigenschaften der fertigen Waffe von der Quelle über die Ausbreitung bis zur Wirkung im Ziel naturwissenschaftlich beschrieben und analysiert werden (auf der Basis veröffentlichter Informationen, Anfragen sowie eigener Rechnungen und Abschätzungen),
- die Möglichkeiten für unverhältnismäßige Schäden oder Schädigung von Unbeteiligten untersucht werden und
- erste Überlegungen für vorbeugende Begrenzungen oder Einsatzregeln angestellt werden.

Der Schwerpunkt liegt bei naturwissenschaftlichen Arbeitsmethoden. V. a. bei den letzten beiden Zielen, wo es um operative, rechtliche, politische u. a. Aspekte geht, ist zusätzlich interdisziplinäres Herangehen nötig.
Entsprechend den Zielen werden als Projektergebnisse erwartet: prägnante Darstellung der Forschung und Entwicklung, belastbare Aussagen zu den technischen Parametern, Ausbreitungs- und Wirkungsmechanismen sowie zu den möglichen Nebenschäden, systematische Diskussion möglicher Begrenzungen bzw. Einsatzregeln. Die Ergebnisse sollen in internationalen begutachteten Zeitschriften auf Englisch veröffentlicht werden. Damit sollen grundlegende Voraussetzungen für eine fundierte internationale Befassung mit diesen Waffentechnologien geschaffen werden.
Solche Untersuchungen gibt es bisher weltweit nicht; sie können anknüpfen an eine entsprechende Analyse zu akustischen Waffen, die der vorgesehene Projektbearbeiter (J. Altmann) 1999 vorgelegt hat.

Post-Conflict Nationbuilding – Völkerrechtliche Aspekte der Wiederherstellung von Staatlichkeit	
Projektleiter: Prof. Dr. Volker Epping PD Dr. Hans-Joachim Heintze	Universität Hannover, Institut für nationale und internationale Integrationsforschung (INTIF) Universität Bochum Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV)
Laufzeit: 24 Monate Februar 2005 - Januar 2007	

Anhand aktueller, in ihrer Grundkonstellation aber unterschiedlicher Beispiele soll aufgezeigt werden, wie angesichts eines Wechsels der Herrschaftsgewalt, eines Bürgerkrieges, eines Machtvakuums, einer militärischen Intervention oder dem Zerfall von inneren Strukturen seitens der Staatengemeinschaft auf die Auflösung von Staatlichkeit reagiert werden kann (oder muss). Als Ziel wird dabei die Wiederherstellung von staatlichen Strukturen und einer Zivilgesellschaft angestrebt, d. h. es wird versucht, die territoriale Einheit unter Beachtung der Rule of Law, der Menschenrechte und Integration der unterschiedlichen religiösen und politischen Strömungen zu erhalten. Als aktuelle Beispiele dienen sowohl der Kosovo, indem bereits eine Treuhandverwaltung eingerichtet wurde, als auch der Irak, bei welchem noch offen ist, wie versucht werden soll, die größten der drei widerstreitenden Gruppen der Kurden, Sunniten und Schiiten zu integrieren. Aber auch am Beispiel Bosnien-Herzegowinas und Afghanistans lassen sich viele Problemstellungen, Unterschiede sowie Gemeinsamkeiten aufzeigen, die es möglicherweise in Zukunft erleichtern, in ähnlich gelagerten Fällen zur Staatlichkeit zurückzufinden.

Die Analyse soll auf den Methoden des Völkerrechts basieren, dessen originäres Subjekt der Staat ist. Der Zerfall von Staatlichkeit stellt daher gerade für das Völkerrecht eine enorme Herausforderung dar, da völkerrechtliche Normen nur in einem beschränkten Umfang anwendbar sind und vielfach die Einbindung von nichtstaatlichen Akteuren in das völkerrechtliche Regelungswerk zu hinterfragen ist. Die vier Fallstudien spiegeln diese Probleme in unterschiedlichem Maße wider und verdeutlichen, dass die Staatengemeinschaft bislang nur von Fall zu Fall auf akute Herausforderungen reagierte, ohne dass ein im Detail durchdachtes völkerrechtliches und umfassendes Handlungskonzept vorgelegen hätte. Gleichwohl musste die Staatengemeinschaft ihre Konfliktbearbeitungsmechanismen auf das völkerrechtliche Normensystem aufbauen, was aber in vielen politikwissenschaftlichen Analysen nicht zum Ausdruck kommt oder gar geleugnet wird. Dahinter stehen vielfach Zweifel an der Leistungsfähigkeit des Völkerrechts.

Daher ist es Ziel des Projektes, die in der Völkerrechtswissenschaft bestehenden Lücken in der Erforschung der völkerrechtlichen Aspekte der Wiederherstellung von Staatlichkeit bezüglich der genannten Beispiele zu schließen. Im Ergebnis soll der Politik und Öffentlichkeit ein Forschungsergebnis präsentiert werden, das eine größere Rechtssicherheit bei der Entscheidung über zukünftige Beiträge der deutschen Außenpolitik in Situationen der Wiederherstellung von Staatlichkeit nach Konflikten ermöglicht. Da eine solche Politik auf den Vorgaben das Völkerrechts basieren muss, ist zu prüfen, inwieweit in bisherigen Fällen diese Vorgaben berücksichtigt wurden und/oder es zu Weiterentwicklungen des Völkerrechts gekommen ist, die zukünftig in die Entscheidungen einzubeziehen sind. Die Antwort auf die damit verbundenen Fragen wird dadurch erschwert, dass es bislang stets nur zu Fall-zu-Fall-Lösungen gekommen ist. Eben deshalb ist die völkerrechtliche Analyse der Fälle so bedeutsam, um die allgemeinen Kriterien herauszuarbeiten.

Ziel des Projektes ist es folglich, die durch die Praxis aufgeworfenen Fragen auf der Grundlage des geltenden Völkerrechts zu beantworten, oder deutlich zu machen, hinsichtlich welcher Probleme eine Fortentwicklung des Völkerrechts nötig oder bereits in Ansätzen zu erkennen ist. Dieses Ziel soll vermittels der Analyse bisheriger markanter Erfahrungen der Staatengemeinschaft erreicht werden. Ausgehend von den exemplarischen Fällen Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Irak und Kosovo, bei denen allesamt unterschiedliche Herangehensweisen der Staatengemeinschaft zu konstatieren sind, wird es erforderlich sein, andere Fälle und ihre Bewältigung durch die Staatengemeinschaft in die Betrachtung einzubeziehen (insbesondere Somalia, Osttimor, Kambodscha und Namibia).

Zur Rolle von Naturwissenschaftler(inne)n in staatlichen Biowaffen-Programmen	
Projektleiter: Dr. Jan van Aken	Universität Hamburg Forschungsschwerpunkt Biologie, Gesellschaft, Umwelt (BIOGUM)
Laufzeit: 24 Monate Januar 2005 - Dezember 2006	

Das beantragte Forschungsprojekt zielt darauf ab, einen Beitrag zur Klärung der Rolle von Naturwissenschaftler(inne)n in staatlichen Biowaffen-Programmen zu leisten. An vier historischen Fallbeispielen soll erstmals systematisch der gestaltende Einfluss der beteiligten Naturwissenschaftler(innen) auf die entscheidenden Wendepunkte dieser Programme – Initiierung, Ausgestaltung und Beendigung – anhand von Archivmaterial und Zeitzeugeninterviews untersucht werden.
Nach dem Scheitern multilateraler Verhandlungen zur Stärkung des Biowaffen-Übereinkommens im Jahre 2001 konzentrieren sich gegenwärtig verschiedene nationale und internationale Maßnahmen der biologischen Rüstungskontrolle auf die Aktivitäten von Naturwissenschaftler(inne)n. Obwohl die Entwicklung von biologischen Waffen ohne diese sicherlich unmöglich ist, gibt es bislang jedoch keine empirischen Belege für die Annahme, dass Naturwissenschaftler(innen) tatsächlich eine zentrale, gestaltende Rolle an den Wendepunkten von Biowaffen-Programmen gespielt haben und dass dementsprechend rüstungskontrollpolitische Maßnahmen, die auf diese Akteursgruppe abzielen, wirklich Erfolg versprechend sind. Anders als beispielsweise im Bereich der Atomwaffen sind historische Studien über biologische Waffen (BW) bislang nicht besonders zahlreich. Von Ausnahmen abgesehen, sind sie in der Regel rein deskriptiver Natur und geben wenig Aufschluss über die Rolle der Naturwissenschaftler(innen). Diese Forschungslücke soll im Rahmen des beantragten Projektes geschlossen werden.
Methodisch verfolgt das Projekt einen akteurstheoretischen Ansatz. Es untersucht primär den Einfluss einer Gruppe von Akteuren – den Naturwissenschaftler(inne)n – auf staatliche BW-Programme und ihre Relation zu anderen Akteuren und Akteursgruppen. Dies wird verknüpft bzw. ergänzt durch die Einbeziehung struktureller Rahmenbedingungen. Aus den neun historisch belegten staatlichen Biowaffen-Programmen wurden vier Fallbeispiele (Großbritannien, Sowjetunion, Südafrika und USA) ausgewählt, die eine hohe Varietät an strukturellen Rahmenbedingungen und Ausprägungen bzw. Schwerpunktsetzungen der Programme repräsentieren. Für diese Länder wird untersucht, ob ein besonderes Maß an proaktiven Schritten – z.B. Lobbying für bzw. gegen das BW-Programm oder eine Über- bzw. Unterbewertung der technischen Möglichkeiten – durch einzelne Naturwissenschaftler(innen) oder von der gesamten „scientific community“ mit den Wendepunkten der BW-Programme einherging.
Um die explorative Untersuchung der vier verschiedenen BW-Programme zu ordnen, zu differenzieren und zu fokussieren, konzentriert sich die Analyse auf Wendepunkte in den Programmen. Solche Wendepunkte sind die Initiierung und die Beendigung der Program-

me sowie Richtungswechsel während deren Laufzeit. Wendepunkte sind als dezisive Momente von besonderem Interesse, weil sie politische Entscheidungen voraussetzen, die von Naturwissenschaftler(inne)n beeinflusst worden sein könnten. Wichtigste Quellen für die Arbeit sind Originaldokumente aus den jetzt zugänglichen Archiven der jeweiligen Programme sowie Interviews mit beteiligten Wissenschaftler(inne)n bzw. anderen Zeitzeugen. Mit dem beantragten Projekt werden erstmals systematisch Erkenntnisse über die Wechselwirkungen zwischen den Naturwissenschaftler(inne)n und anderen Akteursgruppen aus Politik, Militär und Wirtschaft gewonnen. Damit wird perspektivisch ein wichtiger Beitrag zur wissenschaftlichen Fundierung der Rüstungskontrollbemühungen im BW-Bereich geleistet.

Staatsverfall als friedens- und entwicklungspolitische Herausforderung: Wie können Gewaltstrukturen transformiert und Governance-Ansätze gestärkt werden? Eine konzeptionelle Untersuchung mit empirisch-analytischer Anwendung auf Somalia und Afghanistan	
Projektleiter: Dr. Tobias Debiel Dr. Conrad Schetter	Universität Duisburg-Essen Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) Universität Bonn Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF)
Laufzeit: 12 Monate Januar - Dezember 2005 (ZEF) Juni 2005 - Mai 2006 (INEF)	

1. Problemstellung und methodologische Grundlegung

Die Anschläge des 11. September 2001 hatten zur Folge, dass zeitweise von der Weltöffentlichkeit ignorierte Kriege, die mit der Erodierung von Staatlichkeit und der Etablierung von Gewaltstrukturen jenseits staatlicher Kontrolle einhergehen, wieder hoch auf der politischen Agenda stehen. Nicht nur in der Friedens- und Sicherheitspolitik, sondern auch in der Entwicklungspolitik hat vor diesem Hintergrund ein Umdenken stattgefunden: Erfuhren bis zum 11. September so genannte „hoffnungslose Fälle“ wie Afghanistan oder Somalia kaum Beachtung und wurden aus der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) kategorisch ausgeschlossen, so ziehen „poor performers“ gegenwärtig eine besondere Aufmerksamkeit auf sich. In der anschwellenden Forschung über Staatsverfall und die Transformation von Gewaltstrukturen grenzen wir uns explizit von einer ökonomistischen Verengung bei der Untersuchung von Krieg, Gewaltstrukturen und Staatsverfall ab. Stattdessen nimmt das Forschungsprojekt die politischen und gesellschaftlichen Dimensionen von Gewalt- und Governance-Strukturen in Zeiten des Staatsverfalls in den Blick und fragt, wie eine Transformation im Rahmen eines umfassenden Prozesses der Friedenskonsolidierung gelingen kann.

Das Forschungsvorhaben strebt einerseits eine übergreifende Konzeptionalisierung der Thematik an, bei der über die Sekundäranalyse einschlägiger (auch grauer) Literatur und Interviews mit Länderexperten und Praktikern ein breites Länderspektrum einbezogen wird. Zugleich geht es aber um eine empirische Vertiefung auf der Grundlage qualitativ orientierter Feldforschung (strukturierte und teilstrukturierte Interviews; evtl. kleine quantitative Surveys). Hierfür haben wir zwei Länder (Somalia, Afghanistan) identifiziert, in de-

nen ein weitgehender Zerfall von Staatlichkeit stattgefunden hat und deren gesellschaftliche Strukturen und historische Erfahrungen aufschlussreiche Vergleiche ermöglichen. Das Wechselspiel lokaler und nationaler Macht- und Herrschaftsstrukturen steht im Vordergrund und soll anhand von jeweils zwei Regionen in Afghanistan (Kunduz und Herat) und Somalia (Somaliland und Hiran) analysiert werden.

2. Erwartete Forschungsergebnisse und Originalität des Vorhabens

Das Forschungsprojekt will eine zentrale Forschungslücke füllen: Der empirisch gesättigte Wissensstand, wie unter Bedingungen verfallender Staatlichkeit spezifische Ordnungs- und Governance-Funktionen in rudimentärer Weise erfüllt werden können, ist gering. Die Konzentration auf den Verfall des Zentralstaates („Nationalstaates") hat bislang die vertikale Ebene – sprich das Wechselspiel von lokalen und nationalen Herrschaftssystemen – vernachlässigt. Ein innovatives Herangehen an Phänomene des Staatsverfalls sollte daher zwei Fragenkomplexe in den Mittelpunkt stellen: a) die Analyse von Staatsverfall und sich etablierenden Gewalt-, Ordnungs- und Governance-Strukturen im Wechselspiel von lokaler und nationaler Ebene; b) den Beitrag, den internationale Akteure in einem Mehrebenen-Modell von Governance leisten können, das bis auf die lokale Ebene hin heruntergebrochen wird und Antworten auf handlungsorientierte Dilemmata (z. B. Einbeziehung von Warlords vs. Stärkung friedensorientierter Kräfte) sucht.
Es gibt einen hohen Forschungs- und Beratungsbedarf, ob und wie Konzepte der Friedenskonsolidierung und Good Governance auf erodierende, kriegsgeschädigte Staaten hin angepasst werden können. Genau an diesem Punkt setzt das hier unterbreitete Forschungsprojekt an. Die Antragsteller verfolgen einen integrierten Ansatz, der theoretische Konzeptionalisierung und Sekundäranalysen mit empirischer Feldforschung und politikorientierten Dialogprozessen verbindet. Die ZEF-Forschungsgruppe „Staatsbildung und gewaltsame Konflikte" kann in diesen Bereichen auf umfangreiche Vorarbeiten verweisen. Zugleich will sie mit dem hier beantragten Forschungsprojekt in eine neue Phase eintreten, bei der die empirische Erforschung lokaler und nationaler Machtstrukturen in komparativer Perspektive vorangetrieben und auf policy-orientierte Fragestellungen zugespitzt wird.
Die Ergebnisse des Projektes werden output-orientiert wie folgt umgesetzt: Buchveröffentlichung (Monographie); wissenschaftliche Publikationen in Zeitschriften und Sammelbänden; populärwissenschaftliche Beiträge in Zeitungen, Zeitschriften und Magazinen; Medienarbeit; Webseite; eigene Publikationsreihen des ZEF (ZEF-News; ZEF Discussion Paper Series; neue Reihe ZEF Policy Briefs); Workshops.

B. Wissenschaftliche Veröffentlichungen aus DSF-geförderten Projekten

Die hier aufgeführten Literaturhinweise geben den Stand zum Jahresende 2004 wieder.

1. Großprojekte

Präventive Rüstungskontrolle und Nanotechnologien
Prof. Dr. Dieter Suter, Universität Dortmund

– **Jürgen Altmann:** Military Uses of Nanotechnology: Perspectives and Concerns. In: Security Dialogue 35 (2004), 1, S. 61-79.

Der Beitrag des Zivilen Friedensdienstes zur zivilen Konfliktbearbeitung in Bosnien-Herzegowina und Kosovo
Dr. Ulrich Ratsch, FESt

– **Sabine Klotz:** Welche Rolle spielen externe Organisationen bei der zivilen Konfliktbearbeitung in Bosnien-Herzegowina? In: Volker Lenhart/Özkan Ergen (Hrsg.): Konflikt und pädagogische Intervention. Pädagogischer Umgang mit politischen, interreligiösen und interkulturellen Konflikten. Frankfurt a. M.: Peter Lang 2004, S. 89-113.

– **Dies./Jan Gildemeister (Hrsg.):** Die Evaluierung erwünschter und unerwünschter Wirkungen von ziviler Konfliktbearbeitung. Dokumentation der Heidelberger Gespräche im März 2003 (= FESt Texte und Materialien Reihe B, Nr. 29). Heidelberg 2004.

– **Dies.:** Friedensförderung und Soziale Arbeit in Krisenregionen: Die Rolle externer ziviler Organisationen in Bosnien-Herzegowina. In: Seifert, Ruth (Hrsg.): Soziale Arbeit und Kriegerische Konflikte. Münster: LIT 2004, S. 95-114.

Nichtregierungs-Organisationen (NGOs) in der inter-, transnationalen Konfliktprävention und -bearbeitung. Das Problem der demokratischen Legitimation und Verantwortlichkeit
Prof. Dr. Hajo Schmidt, FernUniversität Hagen

– **Tobias Denskus:** Mazedonien: Internationaler Frieden ohne lokale Entwicklung? „Globale Kultur“ der Konfliktprävention und Transformation. In: Wissenschaft und Frieden 22 (2004),1, S. 28-30.

Nachrichtenmedien als Mediatoren von Demokratisierung, Peace-Building und Versöhnung in Nachkriegsgesellschaften – Entwicklung eines friedensjournalistischen Modells
Prof. Dr. Wilhelm Kempf, Universität Konstanz

– **Ute Annabring/Burkhard Bläsi/Jutta Möckel:** The German press coverage of Yugoslavia after the fall of Milosevic. In: Conflict and communication online 3 (2004), 1-2, (www.cco.regener-online.de, 3.5.2005).

– **Dies./Monika Spohrs:** Reception and Acceptance of Constructive Coverage by the audience: Design of an Experimental Study (= Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz, Nr. 56). Berlin 2004. (www.regener-online.de, 3.5.2005).

– **Wassilios Barros/Susanne Jaeger:** Eskalationsdynamik und Konfliktbearbeitung. In: Gert Sommer/Albert Fuchs (Hrsg.): Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie. Weinheim u. a.: Beltz 2004, S. 222-234.

– **Burkhard Bläsi:** Gewaltfreier Widerstand. In: Gert Sommer/Albert Fuchs (Hrsg.): Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie. Weinheim u. a.: Beltz 2004, S. 412-424.

– **Ders.:** Peace journalism and the news production press. In: Conflict and communication online 3 (2004), 1-2, (www.cco.regener-online.de, 3.5.2005).

– **Ders./Susanne Jaeger:** Katalog konstruktiver Aspekte der Nachkriegsberichterstattung (= Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz, Nr. 53). Berlin: 2004. (www.regener-online.de, 3.5.2005).

– **Susanne Jaeger:** Propaganda und Kriegsberichterstattung. In: Gert Sommer/Albert Fuchs (Hrsg.): Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie. Weinheim u. a.: Beltz 2004, S. 317-329.

– **Dies.:** The German press coverage on France after World War II. In: Conflict and communication online 3 (2004), 1-2, (www.cco.regener-online.de, 3.5.2005).

– **Dies./Jutta Möckel:** Die Berichterstattung in der Frankfurter Rundschau über Jugoslawien nach dem Sturz von Slobodan Milosevic (= Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz, Nr. 57). Berlin 2004. (www.regener-online.de, 3.5.2005).

– **Wilhelm Kempf:** Friedensjournalismus. In: Gert Sommer/Albert Fuchs (Hrsg.): Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie. Weinheim u. a.: Beltz 2004, S. 439-451.

– **Dimce Paskowski:** Elemente des Friedensjournalismus: Konstruktive Berichterstattung in bleiernen Zeiten. Serbische Berichterstattung nach Milosevic. Eine qualitative Inhaltsanalyse (= Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz, Nr. 55). Berlin 2004. (www.regener-online.de, 3.5.2005).

Terrorism as a Challenge for National and International Law
Prof. Dr. Dr. h. c. Rüdiger Wolfrum, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg

– **Christian Walter/Silja Vöneky/Voker Röben/Frank Schorkopf (Hrsg.):** Terrorism as a Challenge for National and International Law: Security versus Liberty? Berlin u. a.: Springer 2004.

Komplexe Interventionen in die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien, 1988-2001
Dr. Barbara Müller, Institut für Friedensarbeit und gewaltfreie Konfliktaustragung

– **Christine Schweitzer:** Nonviolent Intervention (= CPS Working Paper, Nr. 7). Tromsø 2003. (http://uit.no/getfile.php?SiteId=116&PageId=3324&FileId=34, 3.5.2005).

– **Dies.:** Ziviler Widerstand im Kosovo. In: Wissenschaft und Frieden 22 (2004), 3, S. 20-21.

– **Dies.:** Zivile Intervention. In: Gert Sommer/Albert Fuchs (Hrsg.): Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie. Weinheim u. a.: Beltz 2004, S. 508-521.

– **Dies.:** Balkan Peace Team. In: European Centre for Conflict Prevention (Hrsg.): People building Peace II. Utrecht (im Erscheinen).

Globalisierung und innenpolitische Stabilität: Der Einfluss außenwirtschaftlicher Öffnung auf das innenpolitische Konfliktpotential
Prof. Dr. Gerald Schneider, Universität Konstanz

– **Margit Bussmann/Gerald Schneider/Nina Wiesehomeier:** Foreign Economic Liberalization and Peace: The Case of Sub-Saharan Africa. In: European Journal of International Relations (im Erscheinen).

– **Margit Bussmann/Harald Scheuthle/Gerald Schneider:** Trade Liberalization and Political Instability in Developing Countries. In: Robert Trappl (Hrsg.): Programming for Peace Computer-Aided Methods for International Conflict Resolution and Prevention. Dordrecht: Kluwer (im Erscheinen).

– **Gerald Schneider:** War in the Era of Globalization. In: Georg Ritzer (Hrsg.): The Blackwell Companion to Globalization. Oxford: Blackwell (im Erscheinen).

– **Gerald Schneider/Vera E. Tröger:** The Winners and Losers of War: Stock Market Effects of Armed Conflict (= Juan March Working Paper, Nr. 205). Madrid 2004. (http://www.march.es/ceacs/ingles/Publicaciones/working/working.asp?All=1#tablaregistros, 4.5.2005).

Neue Formen der Gewalt im internationalen System: Möglichkeiten und Grenzen der Prävention
Prof. Dr. Wolf-Dieter Eberwein, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

– **Sven Chojnacki:** Wandel der Kriegsformen? – Ein kritischer Literaturbericht. In: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft 32 (2004), 3, S. 402-424.

Die Rolle externer wirtschaftlicher Akteure in Bürgerkriegsökonomien und ihre Bedeutung für Kriegsbeendigungsstrategien in Afrika südlich der Sahara
Dr. Michael Brzoska, BICC

– **Volker Böge:** Muschelgeld und Blutdiamanten – Traditionelle Konfliktbearbeitung in zeitgenössischen Gewaltkonflikten (= Schriften des Deutschen Übersee-Instituts Hamburg, Nr. 63). Hamburg 2004.

– **Michael Brzoska:** “New Wars” Discourse in Germany. In: Journal of Peace Research 41 (2004), 1, S. 107-117.

– **Scott Lewis:** Rejuvenating or Restraining Civil War: The role of external actors in the war economies of Sudan (= BICC paper, No. 37). Bonn 2004. (http://www.bicc.de/publications/papers/paper37/content.html, 4.5.2005).

– **Maraike Wenzel:** Liberia: Erfolgsstory eines Kriegsherrn. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (2003), 10, S. 1242-1244.

– **Sabrina Grosse-Kettler:** External Actors in Stateless Somalia: A War Economy and its Promoters (= BICC papers 39). Bonn 2004. (http://www.bicc.de/publications/papers/paper39/content.html, 12.5.2005).

Die OSZE und der Aufbau multiethnischer Polizeien auf dem Balkan. Analyse eines bedeutenden Beitrags zum internationalen Post-Conflict Peacebuilding
Dr. Wolfgang Zellner, IFSH/CORE

– **Thorsten Stodiek:** The Police Component of Post-conflict Security Sector Reform. In: ZEI (Ed.), SOE-Monitor: Security Sector Reform in South Eastern Europe, 4 (2004) 1, S. 4-6.

– **Ders.:** Nachkrieg auf dem Balkan: Die Rolle internationaler Polizeimissionen bei der Friedenskonsolidierung. In: Christoph Weller/Ulrich Ratsch/Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Corinna Hauswedell (Hrsg.): Friedensgutachten 2004. Münster 2004, S. 209-217.

Between Past and Future. An Assessment of the Transition from Conflict to Peace in Post-Genocide Rwanda
Prof. Dr. Lothar Brock

– **Susanne Buckley-Zistel:** Development assistance and conflict assessment methodology. In: Journal for Conflict, Security and Developent (DSD) 3 (2003), 1, S. 117-125.

– **Susanne Buckley-Zistel:** Ruanda: Sich erinnern – mit gemischten Gefühlen. In: Frankfurter Rundschau, 12.04.04.

2. Kleinprojekte

– Alte Hegemonie und Neue Kriege – Herfried Münkler und Dieter Senghaas im Streitgespräch. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (2004), 5, S. 547.

– **Stefan Böckenförde:** Die War Powers Resolution als ein mögliches Modell für ein Entsendegesetz/Parlamentsbeteiligungsgesetz (= Forschung DSF, Heft 1). Osnabrück 2004.

– Journal of Conflict & Security Law 9 (2004), 3 (mit Beiträgen der „Future of Arms Control Law"-Konferenz, 15./16. Mai 2003/Berlin, u. a. von Nigel White, John Freeman, Guido den Dekker, Masahiko Asada).

– **Barbara Müller:** Balkan Peace Team 1994-2001. Mit Freiwilligenteams im gewaltfreien Einsatz in Krisenregionen. Braunschweig: Arbeit und Leben 2004.

– **Christine Schweitzer/Björn Aust/Peter Schlotter (Hrsg.):** Demokratien im Krieg. Baden-Baden: NOMOS 2004.

C. Promotionsförderung mit Betreuungssystem

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)	
1. Jens Narten November 2004 - Oktober 2006	Menschenrechte und die nachhaltige Zivilisierung von Konflikten. Eine systemanalytische Untersuchung internationaler Friedensbemühungen am Beispiel der UN-, OSZE- und EU-Missionen im Kosovo
2. Jan Stupl Januar 2005 - Dezember 2006	Untersuchung der Wechselwirkung von Laserstrahlung mit Strukturelementen von Raumfahrtkörpern
3. Isabelle Tannous November 2004 - Oktober 2006	Konfliktprävention als Querschnittsanliegen im europäischen Mehrebenensystem
4. Merle Vetterlein Juli 2005 - Juni 2006	Makedonien: Eine Analyse der Interdependenz sozio-ökonomischer, politischer, interethnischer und demographischer Konfliktursachen

Jens Narten

Menschenrechte und die nachhaltige Zivilisierung von Konflikten. Eine systemanalytische Untersuchung internationaler Friedensbemühungen am Beispiel der UN-, OSZE- und EU-Missionen im Kosovo

Das Promotionsprojekt geht der Frage nach der praktischen Beziehung zwischen der Menschenrechtsarbeit internationaler Organisationen und ihren friedensschaffenden Anstrengungen im Kosovo nach. Erkenntnisleitend für die Untersuchung ist die Frage der Nachhaltigkeit der Ansätze zur Zivilisierung von Gewaltkonflikten.

Das Projekt konzentriert sich auf die Herausarbeitung konstitutiver Elemente erfolgreicher/erfolgloser Friedensbemühungen internationaler Organisationen. Dazu wird auf systemanalytische Verfahren zurückgegriffen, die sowohl lokale Akteure als auch internationale Organisationen als selbstreferente, geschlossene soziale Systeme begreifen, die ihrerseits auf selektiven Beobachtungsverfahren gegenüber ihrer gesellschaftlichen Umwelt sowie auf vorcodierten, internen Kommunikationszusammenhängen basieren.

Anhand dieses Analysemodells wird der friedenspraktische Zusammenhang zwischen internationaler Menschenrechtsarbeit und nachhaltigen Zivilisierungsbemühungen als konkreter Forschungsgegenstand beleuchtet, um handlungsorientierte Aussagen für eine verbesserte Friedensarbeit internationaler Organisationen durch kritische Selbstreflexion treffen zu können. Ausgehend von dieser Zielsetzung soll das Forschungsprojekt versuchen, Antworten auf folgende Fragestellungen zu finden:

- Wie sind Menschenrechte und Formen nachhaltiger Zivilisierung als Friedenskonzepte miteinander verbunden und welche Schwierigkeiten ergeben sich bei ihrer Umsetzung für internationale Organisationen und ihre Friedensmissionen?
- Welche Strukturen zivilgesellschaftlicher Komplexität weist ein Konfliktsystem auf, in dem Menschenrechts- und Zivilisierungsarbeit erfolgen soll und welche systembildenden Prozesse dominieren dabei? Wie beeinflussen diese Prozesse ihrerseits die Arbeit der internationalen Organisationen?

Diese Fragen sollen anhand von sechs Handlungsfeldern der UN, OSZE und EU im Kosovo erarbeitet werden: Verfassung, Rechtslage, Wahlen, Stabilisierungsprozess, Politikstandards, Menschenrechtstoleranz.

Die Arbeitsergebnisse und Antworten auf diesen Fragenkatalog können erkenntnis- und handlungsleitend internationale Friedensbemühungen unterstützen helfen, die in einer konfligierenden Gesellschaft nicht von oben herab implementiert werden, sondern mit dieser und aus dieser heraus entwickelt werden sollen. Nur dadurch wird es internationalen Organisationen gelingen, Konfliktgesellschaften in ihrem eigenen Zivilisierungsprozess nachhaltig zu unterstützen.

Jan Stupl

Untersuchung der Wechselwirkung von Laserstrahlung mit Strukturelementen von Raumfahrtkörpern

Diese Arbeit wird sich schwerpunktmäßig mit Hochenergie-Lasern (HEL) beschäftigen, die derzeit in den USA entwickelt werden. Dort ist zum Beispiel geplant, mit flugzeuggestützten bzw. im Weltraum stationierten HEL, Mittelstreckenraketen in der Beschleunigungsphase abzuschießen. Sollten diese Konzepte funktionsfähig zur Ausführung geraten, hätte dies erhebliche sicherheitspolitische Auswirkungen. Als Teil eines dann funktionsfähigen Raketenabwehrprogramms würde es die Vormachtsstellung der USA weiter stärken. Zusätzlich wäre aber auch eine Anwendung der Waffensysteme gegen Satelliten denkbar. Stände die Technologie nur den USA zur Verfügung, könnte dies zu einer Monopolstellung in Bezug auf Satellitenaufklärung, -navigation und -kommunikation führen. Die sicherheitspolitische und rüstungskontrollpolitische Relevanz des Promotionsvorhabens resultiert somit aus der Gefahr der Auslösung neuer Rüstungswettläufe durch die Einführung von Raketenabwehrsystemen und Antisatellitenwaffen.

Das Konzept des flugzeuggestützten „Airborne Laser“ (ABL) ist schon sehr weit fortgeschritten, es wird bereits an der Herstellung eines Prototypen gearbeitet. Die Grundidee ist, den Laser in einem Flugzeug zu installieren, um Reichweite und Mobilität zu erhöhen. Als Entfernung zum Ziel werden mehrere hundert Kilometer angegeben. Dadurch sinkt die Intensität der Laserstrahlung ab, und mit einer Zerstörung des Gefechtskopfs von Raketen wird nicht gerechnet. Es wird nur der Antrieb der Rakete ausgeschaltet. Der Gefechtskopf geht, je nachdem wie schnell der Abschuss erfolgt, an einem Punkt zwischen Startpunkt und berechnetem Ziel nieder. Die Situation ist also extrem zeitkritisch. Da über den im Weltraum stationierten „Space Based Laser“ (SBL) zur Zeit noch wenig konkrete Informationen vorliegen, wird sich dieses Projekt zunächst primär mit dem ABL beschäftigen. Es besteht die Hoffnung, mit den gewonnenen Ergebnissen allgemeine Aussagen über HEL und Möglichkeiten ihrer Beschränkung durch Maßnahmen der Rüstungskontrolle zu gewinnen.
In der offenen Literatur liegen derzeit zwei Studien der American Physical Society (APS) und ein Artikel im IEEE Spectrum vor, die sich mit dem ABL beschäftigen. Als Ergebnis der aktuelleren Studie der APS ergibt sich eine potentielle Anwendbarkeit des ABL für Flüssigkeitsraketen. Die Gefährdung von Satelliten wurde bisher nicht untersucht. In dem Dissertationsvorhaben gilt es zunächst die Frage nach der militärtechnischen Durchführbarkeit des Rüstungsprojektes zu beantworten, insbesondere herauszufinden, nach welcher Bestrahlungsdauer bei verschiedenen Intensitäten ein Materialversagen eintritt. Dazu werden sowohl skalierte Experimente als auch Computermodelle eingesetzt. Danach soll die Auswirkung auf das Gesamtsystem Rakete bzw. Satellit abgeschätzt werden, d. h. wann und ob die Rakete antriebslos bzw. ob der Satellit funktionsuntüchtig wird. Schließlich werden die in der Einleitung angedeuteten sicherheitspolitischen Implikationen der Ergebnisse analysiert.

Es wurden Kooperationen mit verschieden Partnern vereinbart. Der Fachbereich Lasertechnik der TU Hamburg-Harburg unter Prof. Emmelmann stellt einen Laser mit 4kW Ausgangsleistung für die Experimente zur Verfügung. Dort gibt es auch Expertise im Bereich der Modellierung. Weiterhin bestehen Kontakte zum Institut für Laserphysik der Uni Hamburg, zur TU München (Prof. Schmucker, Raketentechnik) und zum MIT (G. Forden, ABL).

Isabelle Tannous

Konfliktprävention als Querschnittsanliegen im europäischen Mehrebenensystem

Konfliktprävention und Krisenmanagement bilden heute in Existenzberechtigung und Zielsetzung den Kern europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. In Theorie und Praxis ist allgemein anerkannt, dass ein integriertes Sicherheitskonzept die Voraussetzung für erfolgreiche Konfliktprävention ist.

Auf europäischer Ebene steht dafür ein umfassendes Instrumentarium zur Verfügung. Dieses reicht von Humanitärer Hilfe über Wirtschaftsabkommen bis hin zum diplomatischen und politischen Instrumentarium der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und den neuen zivilen und militärischen Möglichkeiten der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Für einen integrierten Einsatz bedarf es der konzeptionellen und institutionellen Verknüpfung verschiedener, weitgehend unverknüpfter Politikbereiche und der Kooperation zahlreicher, dezentral organisierter Akteure. Entsprechend gehört die Forderung nach „Kohärenz“ nicht nur zum politischen Repertoire, sondern auch zum analytischen Handwerkszeug. Mindestens so häufig schließt sich diesem vielstimmigen Ruf die Kritik an, dass Europa nur selten in der Lage sei, auf Krisen konsistent (sich nicht widersprechend), komplementär (arbeitsteilig, aufeinander abgestimmt) und kohärent (einen Mehrwert durch Synergien erzeugend) zu reagieren.

Anhand von zyklischen Analysemodellen aus der Konfliktforschung soll dieser Befund differenziert und systematisch geprüft werden. Erarbeitet wird ein Bedingungskatalog für gemeinsames Handeln, der mittels der folgenden Leitfrage herausgearbeitet wird: Unter welchen Voraussetzungen findet auf europäischer Ebene (vornehmlich zwischen Rat und Kommission) integriertes außen- und sicherheitspolitisches Handeln statt?

Um diese Forschungsfrage zu beantworten, evaluiert das vorliegende Projekt das Querschnittsanliegen im europäischen Mehrebenensystem durch eine systematische Prozessanalyse. Im Zentrum der Analyse steht dabei die Entscheidungsfindung in den fragmentierten Kompetenz- und Verfahrensstrukturen, in denen innereuropäische und politikfeldbezogene Interessengegensätze ausbalanciert werden.

Im Rückgriff auf das konstruktivistische Wissen um die Verwobenheit von Struktur und Akteur gewinnen Sprache, Regeln und Praktiken zunehmend auch an Einfluss in der europäischen Außenpolitikforschung. Daran anknüpfend soll ein Perspektivwechsel vollzogen werden, der es erlaubt, Konfliktprävention und Krisenmanagement als *eines* der Ziele außenwirksamen Handelns in der Wechselwirkung mit anderen internationalen Aufgaben der Europäischen Union zu analysieren. Ein solches Vorgehen ermöglicht darüber hinaus die Identifizierung verschiedener politischer Koalitionen, die über die horizontalen und vertikalen Ebenen hinaus bestehen und aufgrund von unterschiedlichen materiellen Interessen und weltpolitischen Rollenverständnisse von Europa konkurrieren. Somit leistet dieses Projekt einen Beitrag zur Konzeptionalisierung der Europäischen Union als globalem Akteur, der weit über die mitgliedstaatlichen Positionsbestimmungen bestehender rationalistischer Ansätze hinausgeht.

Merle Vetterlein

Makedonien: Eine Analyse der Interdependenz sozio-ökonomischer, politischer, interethnischer und demographischer Konfliktursachen

Das politikwissenschaftliche Promotionsprojekt untersucht den krisenhaften Verlauf des makedonischen Transformationsprozesses. Das Projekt will zu einer Vertiefung des Verständnisses der Interdependenz der unterschiedlichen Faktoren beitragen, die für diese Krise verantwortlich sind und 2001 zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen der makedonischen Titularnation und Kämpfern der albanischen UČK geführt haben. Diese Zusammenstöße haben gezeigt, dass der Transformationsprozess in Makedonien noch lange nicht abgeschlossen ist und sich weiterhin in einem instabilen Zustand befindet.

Für eine erfolgreiche demokratische Konsolidierung und eine nachhaltige ethnische Befriedung Makedoniens bleibt eine langfristige Stabilisierung der Wirtschaft die Hauptaufgabe. So betrug die Arbeitslosenquote zu Beginn des Jahres der gewaltsamen Auseinandersetzungen 2001 über 30 Prozent. Nur wenige Wissenschaftler haben für Makedonien einen expliziten Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Misserfolgen und dem Ausbruch von Gewalt hergestellt. Drei Jahre nach den gewaltsamen Zusammenstößen kann zwar wieder ein Wirtschaftswachstum verzeichnet werden, das allerdings nur einer relativ kleinen Schicht von „Reichen“ zugute kommt, während die Masse der „Armen“ zunimmt. Der Kampf um schrumpfende ökonomische Ressourcen wird zunehmend entlang ethnopolitischer Konfliktlinien geführt.

Ziel des Projektes ist es, die monokausal ethnische Erklärung der makedonischen Konfliktkonstellation zu überwinden und die Interdependenz sozio-ökonomischer, politischer, demographischer und ethnischer Konfliktursachen zu analysieren. Ein derart breiter Erklärungsansatz zur Untersuchung der makedonischen Transformationskrise wurde bisher in der Politikwissenschaft nicht geleistet. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Stabilisierung Makedoniens für diejenige der gesamten Region und insbesondere des Kosovo von überragender Bedeutung ist.

Die Ausgangsthese der Arbeit lautet, dass die Krise in Makedonien nicht allein durch interethnische Faktoren erklärt werden kann, sondern die defizitären Entwicklungen während des Transformationsprozesses auf der wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Ebene wesentlich zu einer Verschlechterung des interethnischen Zusammenlebens beigetragen haben. In der Untersuchung soll konkret herausgearbeitet werden, welche Entwicklungen seit der Erlangung der Unabhängigkeit 1991 abgelaufen sind und welche Erfolge und Misserfolge im Demokratisierungs- und Konsolidierungsprozess zu verzeichnen sind. Zweitens geht es darum, den Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Situation und der Entwicklung der ethnopolitischen Konfliktkonstellation herzustellen. Drittens wird untersucht, welche Lösungskonzepte die makedonische Regierung hinsichtlich dieser Problemfelder verfolgt. Viertens sollen die unterschiedlichen Unterstützungsansätze der internationalen Organisationen, insbesondere der EU, analysiert und bewertet werden.

Bildnachweis: Deutsche Stiftung Friedensforschung (Foto S. 16, S. 24); Agentur Bildschön (Fotos S. 25-27); Deutsche Stiftung Friedensforschung (Foto S. 29); Uwe Lewandowski (Foto S. 30); Deutsche Stiftung Friedensforschung (Fotos S. 35, S. 36)

Folgende Publikationen sind über die Stiftung zu beziehen:

Forum DSF

- Heft 1: 5 Reden zur Eröffnung. Die deutsche Stiftung Friedensforschung im Ledenhof, Osnabrück. Osnabrück 2001
- Heft 2: Impulse für Friedensforschung und Politik. Stand und Weiterentwicklung der Stiftungsaktivitäten. Osnabrück 2004

Forschung DSF

- Heft 1: Stephan Böckenförde: Die War Powers Resolution als ein mögliches Modell für ein Entsendegesetz/Parlamentsbeteiligungsgesetz. Osnabrück 2004

Jahresberichte DSF

- Jahresbericht 2001/2002
- Jahresbericht 2003
- Jahresbericht 2004

Arbeitspapiere DSF

- Arbeitspapiere DSF Nº 1: Friedenskonsolidierung: Handlungsoptionen und Risiken beim Aufbau stabiler Friedensordnungen. 2. Interdisziplinärer Workshop von DSF und AFB am 3. und 4.12.2004 in Hannover. Osnabrück 2005